

Leben heißt handeln

2.95 € · ISSN 1437-7543 · Nr. 129/2.2016

ROBIN WOOD

magazin

Kanada: Great Bear Rainforest

Schutz für Regenwald





Seite 5

tatorte

- 6 Berlin: Schienenabbaukonzern Deutsche Bahn AG gerät unter Druck
- 7 Frankfurt: Protest gegen Rodungen für den Flughafen Ausbau
- 8 Buchholz: Protest gegen Uranzug
- 8 Essen: RWE-Tagebau sofort stoppen, Urananreicherung beenden
- 9 Mannheim: Raus aus der Kohle!

wald

- Kanada: Großer Erfolg für den Schutz des Great Bear Rainforest 10
- Rudolf Fenner: Aktionen für den Wald 18
- Waldschäden: Gülle killt Wald 20
- Neue Referenten für Wald und Topenwald stellen sich vor 21



Seite 10



Seite 22

tropenwald

- 22 Indonesien: Zündeln an der Wahrheit



Seite 30

Foto: Neugebauer/jfb-collective

verkehr

- 26 Berliner Nahverkehr: Zwischen Blechlawine und S-Bahn-Chaos
- 29 Alternativer Geschäftsbericht DB AG
- 30 Nein zur Deutschen Autobahn AG
- 32 Buch: 50 Jahre Protest gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens

energie

- AKW: Strahlender Abriss 36
- Smartmeter: Klimaschutz oder lieber Datenschutz? 38
- Erdgas, Fracking, Klimawandel 42

Seite 38



Foto: Antje Delater/pixelio.de



Heftmitte

Foto: ROBIN WOOD

internes

- Heftmitte Jahresbericht 2015
- 34 Impressum
- 35 Jugendseite: Aktionswoche „Unsere Erde“
- 44 Fördererforum: Unterwürfigkeit und falsche Hoffnungen



Ein Abschiedsgruß für unseren Waldreferenten Rudolf Fenner, der Ende März in Rente gegangen ist, von den KollegInnen aus der neuen Geschäftsstelle von ROBIN WOOD in Hamburg-Harburg

Liebe Leserinnen und Leser!

Der Umzug ist geschafft! Jetzt arbeiten 13 MitarbeiterInnen von ROBIN WOOD in der gemeinsamen neuen Geschäftsstelle in Hamburg-Harburg. Einige sehen Sie im Bild oben, das als Abschiedsgruß für unseren Waldreferenten **Rudolf Fenner** gedacht ist, der nach 27 Jahren bei ROBIN WOOD Ende März in Rente gegangen ist. Rudolf war auf vielfältigste Weise für die Umwelt und besonders für den Schutz der Wälder aktiv. Er hat zahllose Aktionen erdacht, begleitet und mit dem passenden Spruch und Transparent ausgestattet. Eine kleine Auswahl der wichtigsten Aktionen finden Sie in dieser Ausgabe auf Seite 18 und 19.

Einen großen Erfolg konnte Rudolf Fenner Anfang Februar für den Schutz der nordischen Wälder feiern. Auch mit der Unterstützung von ROBIN WOOD hat sich Jens Wieting, ehemaliger Tropenwaldreferent und jetzt für den Sierra Club in Kanada tätig, für den Schutz des einmaligen Regenwaldgebietes an der kanadischen Ostküste eingesetzt: den **Great Bear Rainforest**. Nach jahrelangen Protesten und Verhandlungen mit Regierung und Forstlobby konnte Anfang Februar ein umfassendes Schutzabkommen für diesen Wald in Kraft treten. 85 Prozent der Waldfläche des Great Bear Rainforests sind nun dauerhaft vor Holzeinschlag geschützt. Ein großartiger Erfolg! Doch weiter im Süden an der kanadischen Küste geht der Kampf um den Schutz von Urwäldern vor Holzeinschlag weiter. Mehr dazu lesen Sie im Beitrag von Jens Wieting ab Seite 10 dieser Ausgabe.

2015 brannten die **Tropenwälder in Indonesien** so stark wie nie zuvor, ganz Südostasien versank unter einer Smogglocke. Rodung durch Abbrennen ist immer noch die billigste Variante, um an immer mehr Flächen für Palmöl-Plantagen zu kommen. Recherchen von ROBIN WOOD haben jetzt ergeben, dass der Runde Tisch für Nachhaltiges Palmöl mit Zahlentricksereien und Verschleierung versucht hat, die Rolle der Palmölindustrie bei der verheerenden Umweltkatastrophe in Indonesien herunterzuspielen und kleinzurechnen. Mehr dazu lesen Sie ab Seite 22 dieser Ausgabe.

In der Heftmitte finden Sie auf acht Seiten unseren Jahresbericht 2015, der Sie über die wichtigsten Schwerpunkte im vergangenen Jahr und alle Zahlen dazu informiert. Falls Sie den Jahresbericht weitergeben möchten, können Sie gerne Einzel-exemplare in unserer Geschäftsstelle anfordern unter: info@robinwood.de, Tel.: 040 3808920.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung! Bleiben Sie aktiv!

Umweltfreundliche Grüße von Ihrer
Magazin-Redaktion
Ihre

Christiane Wieting



Foto: Christian Aslund

27. April 2016: AktivistInnen von ROBIN WOOD protestierten zeitgleich zur Vattenfall-Jahreshauptversammlung in Stockholm gegen das Abstoßen der konzerneigenen Braunkohlesparte in Deutschland an den tschechischen Investor EPH (Energetický a Průmyslový Holding) und dessen Finanzpartner PPF Investments. Statt einen kontrollierten Kohleausstieg einzuleiten, will sich die schwedische Regierung so aus der Verantwortung für Klimaschutz und Beschäftigte stehlen und einem knallharten Investor mit dem Milliardär Petr Kellner an der Spitze das Feld überlassen. Vattenfall hat jahrzehntelang Geld mit der Braunkohle verdient, jetzt muss Vattenfall auch für die Folgen aufkommen, forderten die AktivistInnen.



Foto: Nick Jaussi

Pro Klimaschutz: Nachtzug statt Nachtflug, Protest vor dem Berliner Kongress Centrum während der Bilanzpressekonferenz der Deutschen Bahn AG

Schienenabbaukonzern Deutsche Bahn AG gerät unter Druck

Berlin, 16. Februar 2016: Aktive von Bahn für Alle, ROBIN WOOD und dem Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 demonstrieren gemeinsam vor dem Berliner Congress Centrum mit Bannern, Schildern und Redebeiträgen für eine bessere Bahnpolitik. Dort veranstaltete die Deutsche Bahn AG gleichzeitig ihre Bilanzpressekonferenz. Die Bahn-Manager nahmen gleich den Hintereingang und drückten sich so vor der medienöffentlichen Konfrontation mit ihren KritikerInnen.

Die Auseinandersetzung um die Bahnpolitik wird sich weiter verschärfen. Denn die Bahn hat im vergangenen Jahr milliardenschwere Verluste eingefahren und steckt tief in der Krise. Die Politik von Vorstandschef Rüdiger Grube wird zu einem weiteren Abbau von Schienenverkehr führen – und damit genau zum Gegenteil von dem, was für eine Wende hin zu einer fairen und ökologischen Mobilität für alle notwendig wäre. So sollen bei der Güterbahn noch mehr Gleisanschlüsse abgebaut und noch mehr Leute entlassen werden. Der Bahn-Aufsichtsrat plant offenbar, 500 von insgesamt 1500 Güterbahnhofen zu schließen. Aus dem Betrieb der Nachtzüge (Schlaf- und Liegewagen) will sich die DB spätestens bis

Dezember dieses Jahres komplett zurückziehen. Für Verbesserungen im Personenfernverkehr ist nicht genügend Geld eingeplant. In dem verkehrspolitisch unsinnigen Prestigeprojekt S21 aber werden weiterhin Milliarden versenkt.

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Jahresbilanz der Deutschen Bahn liefert der Alternative Geschäftsbericht der DB AG 2015/16. Er wird vom Bündnis „Bahn für Alle“ herausgegeben und erscheint jetzt bereits zum neunten Mal. ROBIN WOOD ist engagiertes Mitglied in dem Bündnis aus insgesamt 21 Organisationen. Es setzt sich ein für eine verbesserte Bahn in öffentlicher Hand und wendet sich gegen jede Bahnprivatisierung.

ROBIN WOOD fordert, die Bahn wieder auf das Gemeinwohl zu verpflichten, also: Güter auf die Schiene, faire Preise auch für Tickets ohne Zugbindung, Nachtzüge, Taktfahrplan statt Prestigeprojekte und ein Ausstieg aus Stuttgart 21.

Der Alternative Geschäftsbericht der Deutschen Bahn AG 2015/16 kann gratis auch in größeren Stückzahlen im ROBIN WOOD-Shop bestellt werden: www.robinwood-shop.de

Kies für den Ausbau des Frankfurter Flughafens

Protest gegen die Rodungen im Bannwald am Langener Waldsee

23. Februar 2016: Die Morgendämmerung hat bereits eingesetzt, als zwei Harvester in den Langener Forst einrücken. Sie biegen in eine Rückeschneise ein. Ihre Scheinwerfer leuchten die Bäume aus, die aktuell auf vier Hektar Fläche für den Kiesabbau gefällt werden sollen. In den nächsten Jahren sollen noch 50 Hektar folgen. Aber die Holzfäller werden bereits erwartet. Symbolische Absperrungen aus Wolle verbinden die Bäume und zahlreiche Transparente sind dazwischen aufgespannt: „Banner für Bannwald“. Wir von der ROBIN WOOD Regionalgruppe haben uns seit Wochen darauf vorbereitet, sichtbare Zeichen des Protests zu setzen, sollte die erneute Bannwaldabholzung beginnen. Zumindest einer der Harvester muss zunächst pausieren. Nach einer Stunde tritt die Polizei auf den Plan und beendet die Aktion.

„Bald kann man von hier bis zum Taunus blicken“, sagt der Revierförster, der vorbeigekommen ist, um zu prüfen, ob die Holzfirma die Umweltauflagen einhält. Der Flughafen, der sich inzwischen auf 2160 Hektar ehemaliger Waldfläche ausdehnt, liegt nur drei Kilometer entfernt. Aber auch der Quarzitsand- und Kiesabbau der Firma Sehring hat mit jetzt über 240 Hektar Ausdehnung eine Größenordnung erreicht, die den Weiterbestand des einst geschlossenen Waldgürtels südlich von Frankfurt ernsthaft gefährdet. Deshalb hat die Regionalversammlung Rhein Main den politischen Beschluss gefasst, sechzig Hektar für Sehring vorgesehene Produktionsfläche wieder als Erholungs- und Schutzwald auszuweisen.

Das ist derzeit aber nur eine Absichtserklärung, mächtige Wirtschaftsinteressen und die geltende Rechtslage stehen dem entgegen. Mit dem Kies hier aus Langen sollen im nächsten Jahr die Fundamente des Terminal 3 betoniert werden. Einflussreiche Behörden, wie das unter der Aufsicht der Umweltministerin stehende Bergamt, haben sich gezielt der Förderung von Wirtschaftsinteressen verschrieben. Das Regierungspräsidium und die Landesregierung nutzen ihre Möglichkeiten nicht, zumindest einen Aufschub für den Wald zu erreichen. Auch dagegen steht der Protest.

So fallen am Langener Waldsee, wo gestern noch ein öffentlicher Wald war, hinter einem privaten Absperrzaun die Bäume. Unsere Aktion geht vor den Gittern weiter. Mit einer täglichen Mahnwache wird in den folgenden Tagen ein Anlaufpunkt



zum Informieren, Protestieren und Austauschen geschaffen. Viele SpaziergängerInnen kommen vorbei. Manche erzählen Geschichten, was sie in Jahren und Jahrzehnten mit dem Wald erlebt haben. Ganz früher war hier ein Hütewald, eine Sommerweide für das Vieh. Ein alter Brunnen erinnert noch daran.

Nachdem der Wald abgeholzt ist, wird der Bauzaun am Wochenende zum Aktionsfeld. Er wird mit Transparenten behängt und durch Bilder und Objekten verfremdet – Anlass für zahlreiche Diskussionen. Etwa darüber, warum jede(r) Menschen kennt, die sonst regelmäßig im Wald sind, ihn in diesen Tagen aber meiden. „Das ist deshalb, weil man ja doch nichts machen kann!“ war oft zu hören. „Nichts zu machen, macht auch was“, war dann eine unserer Antworten.

Das gilt auch für den Bau des riesigen dritten Terminals der Fraport, gegen den wir hier in Rhein Main weiter aktiv bleiben werden. Unser Ziel ist es, Bürgerinitiativen und Umweltverbände ausdauernd mit ROBIN WOOD Aktionen zu unterstützen. Damit auch künftige Generationen nicht im Hinterhof des Flughafens leben müssen und in ihrer Nachbarschaft einen richtigen Wald erleben können. Einen Wald wie den, der in den Februartagen bei Langen gefällt worden ist.

Peter Illert, ROBIN WOOD, RG Rhein Main



„Straße frei fürs Rad“

So lautet das Motto der **9. Kölner Fahrrad-Sternfahrt am 19. Juni 2016**. Wir brauchen mehr Sicherheit auf unserem Weg durch die Stadt. Darum muss die Benutzungspflicht für (die meisten) separaten Radwege abseits der Straße aufgehoben werden. Bei der Fahrradsternfahrt sind die Straßen frei fürs Rad, aber leider nur für wenige Stunden. Kommt zur Fahrrad-Sternfahrt und demonstriert für bessere Radverkehrsbedingungen!

Mehr Infos, die Treffpunkte und Routen auf www.sternfahrt-koeln.de



Foto: Ebeling

Protest gegen Uranzug

Buchholz, 8. April 2016: Mehrere AtomkraftgegnerInnen aus ganz Deutschland, darunter auch AktivistInnen von ROBIN WOOD, protestierten in der Nacht gegen einen Transport von Uranerzkonzentrat von Hamburg in die südfranzösische Atomfabrik Narbonne/Malvésie. Zwei Aktivistinnen seilten sich gegen Mitternacht von einer Fußgängerbrücke im Bahnhof Buchholz ab und entrollten dort ein Banner mit der Aufschrift „Urantransporte stoppen! Sofort!“. Der Zug mit der radioaktiven Fracht wurde zwischen Maschen und Buchholz gestoppt. Uranerzkonzentrat wird für die Herstellung von Brennelementen für Atomkraftwerke verwendet. Die Ladung kam am 5. April auf dem Atomfrachtschiff 'Bright Sky' im Hamburger Hafen an und wurde per Zug weiter nach Südfrankreich transportiert.

Die AktivistInnen forderten einen Stopp aller Versorgungstransporte für Atomkraftwerke und die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. Insbesondere verlangen sie, dass der Hamburger Hafen für sämtliche Atomtransporte gesperrt wird.

Woche für Woche laufen Atomtransporte über den Hamburger Hafen – 2015 waren es 160. Die rot-grüne Koalition in Hamburg schiebt dem gefährlichen und verantwortungslosen Atomtransport-Geschäft bisher keinen Riegel vor. Nicht einmal das laue Versprechen im Koalitionsvertrag, auf einen freiwilligen Verzicht der Hafenwirtschaft hinzuwirken, packt der Senat an.

Der Uranzug fuhr gegen 4 Uhr früh weiter in Richtung Bremen – Osnabrück – Münster. Die Abseilaktion war zuvor von der Höhenrettung der Feuerwehr beendet worden.

RWE Tagebau sofort stoppen, Urananreicherung beenden

Essen, 20.4.2016: AktivistInnen von ROBIN WOOD und Anti-Atom-AktivistInnen aus dem Münsterland demonstrierten bei der RWE-Konzernzentrale in Essen. Ein Kletterer erklimmte am frühen Morgen kurz vor Beginn der Jahreshauptversammlung eine Säule am Gebäude und entrollte Banner mit dem Slogan „Verstrahlt - Verkohlt - Pleite“. Die AktivistInnen forderten die

Stilllegung aller Kohle- und Atomanlagen sowie die sofortige Schließung der Tagebaugruben. Zudem forderten sie eine radikale Demokratisierung des Energiesystems, um die Energiewende sozial und ökologisch gerecht zu gestalten. RWEs Braunkohletagebau im Rheinland und die ewig strahlenden Hinterlassenschaften der Atomkraftwerke und der

Urananreicherung ziehen immense Kosten für Klima, Umwelt und Gesundheit nach sich. Mit der Urananreicherung im westfälischen Gronau versorgt RWE weiterhin den Weltmarkt mit angereichertem Uranbrennstoff. Von Atomausstieg kann bei RWE keine Rede sein!

Bislang weigert sich RWE, Verantwortung für die Kosten zu übernehmen. Trotz der bisherigen Atomrückstellungen ist nicht garantiert, dass dieses Geld tatsächlich zur Verfügung steht und langfristig ausreicht. Laut einem Gutachten, das das Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegeben hat, fehlen für den Rückbau der Atommeiler und die Lagerung des Atommülls mindestens 30 Milliarden Euro. RWE möchte die Kosten der Allgemeinheit aufdrücken. Die Aktiven forderten: RWE müsse seinen Müll selbst wegräumen!



Fotos: ROBIN WOOD

Raus aus der Kohle!

Mannheim, 4. März 2016: ROBIN WOOD-AktivistInnen demonstrierten bei der Hauptversammlung der MVV Energie AG in Mannheim gegen die Kohlepolitik des Konzerns. Vor dem Haupteingang zum Congress Center Rosengarten konfrontierten sie die AktionärInnen mit einem großen Banner mit der Aufschrift: „ENDE GELÄNDE: Keine Kohleverstromung – Klimagerechtigkeit jetzt!“

Die AktivistInnen protestierten damit gegen das Festhalten des Unternehmens an der umwelt- und klimaschädlichen Steinkohleverstromung und insbesondere gegen den Betrieb des Großkraftwerks Mannheim (GKM). Es ist mit rund 2.150 Megawatt Leistung das bundesweit größte Steinkohlekraftwerk. ROBIN WOOD engagiert sich für einen Ausstieg aus der Kohlekraft und fordert von der MVV auf 100 Prozent Erneuerbare Energien zu setzen. Die Proteste waren Teil eines Aktionstags gegen Kohleverstromung, an dem sich neben ROBIN WOOD die Interventionistische Linke Rhein-Neckar, 100pro Energie und die Grüne Jugend Worms beteiligten.

Spätestens seit Inbetriebnahme des neuen Blocks 9 im September 2015 ist das GKM – hinsichtlich seiner absoluten Emissionen an Treibhausgasen – die größte Dreckschleuder unter den Steinkohlekraftwerken in Deutschland. Zusätzlich zu den Treibhausgasen stößt das Kraftwerk große Mengen an Stickstoffoxiden, Schwefeloxiden, Quecksilber und Feinstaub



Foto: Jens Volle, ROBIN WOOD

aus, an dem Krebs erzeugende Substanzen wie Schwermetalle, Dioxine und Furane haften können.

Wirksamer Klimaschutz muss bei den fossilen Großkraftwerken und der Unternehmenslobby ansetzen. Klimaschutz und Kohlekraft – das passt nicht zusammen!



Kanada: Schutz für Regenwald umgesetzt

Foto: Jens Wieting

Blick über den Great Bear Rainforest an Kandas Westküste



Am 1. Februar 2016 konnte endlich die vollständige Umsetzung der Vereinbarungen zum Schutz des Great Bear Rainforest in Kanada verkündet werden.

Foto: Jens Wieting

Ein großer Erfolg für den Great Bear Rainforest

Viele fantastische Naturlandschaften sind bereits durch menschliche Nutzung drastisch degradiert und viele Abwehrschlachten gegen industrielle Ressourcenausbeutung verloren gegangen. Noch gibt es in westlichen Industrieländern intakte Wildnisgebiete, aber nur wenige können es an Superlativen mit dem Great Bear Rainforest in der kanadischen Provinz British Columbia aufnehmen

Hier wachsen in vielen Gebieten noch 1000jährige Urwaldriesen in unerschlossenen Tälern, die sich bis zur Gletscherzone der Küstenberge hinaufziehen und Lachsen, Bären und Wölfen Lebensraum bieten. In der Luft ziehen Weißkopfseeadler ihre Kreise und in den tief eingeschnittenen Meeresfjorden sind verschiedene Walarten, Delphine und Seelöwen weit verbreitet. Hier leben noch Angehörige indigener Völker (First Nations), die weiterhin die nachhaltige, traditionelle Nutzung natürlicher Ressourcen des Meeres und der Wälder praktizieren, wie vor Jahrtausenden.

Proteste gegen Kahlschlag im Bärenwald

In den neunziger Jahren rüsteten sich die Forstkonzerne der Provinz für großflächige Kahlschläge in der Region, nachdem viele der am einfachsten zugänglichen Gebiete auf Vancouver Island und dem südlichen Festland bereits abgeholzt waren. Inspiriert von erfolgreichen Protesten gegen Abholzung im Clayoquot Sound 1993, folgten Jahre der Proteste und Blockade-Aktionen von Umweltorganisationen und First Nations in der Central und North Coast Region, gepaart mit globalen Boykott-Kampagnen, die sich an die Abnehmer von Holz, Zellstoff- und Papierprodukten von der kanadischen Westküste richteten, auch mit Beteiligung von ROBIN WOOD vor deutschen Baumärkten.

Der Druck wirkte. Es folgten ein Moratorium für 100 Täler und ein jahrelanger Planungsprozess, der in die weltweit begrüßten Vereinbarungen zum Schutz der Region im Jahr 2006 mündeten. Auf

dem Papier hatte man sich auf weit über 100 neue Schutzgebiete, zusätzlichen Schutz der Wälder durch strenge forstwirtschaftliche Regeln, Millionengelder zur Förderung wirtschaftlicher Alternativen und neue Mechanismen der Partizipation der First Nations verständigt.

Die versprochenen Schritte sollten bis 2009 umgesetzt werden. Tatsächlich wurden wichtige Meilensteine umgesetzt, nicht zuletzt aufgrund des beharrlichen Drucks der Umweltgruppen und First Nations. Rund die Hälfte des Regenwaldes war zu diesem Zeitpunkt durch Schutzgebiete und forstliche Auflagen vor dem Einschlag geschützt. Doch die von WissenschaftlerInnen empfohlene und von allen Seiten grundsätzlich akzeptierte Zielmarke war es, insgesamt rund 70 Prozent des natürlichen Urwaldanteils der Region aus der Nutzung zu nehmen und dabei alle Waldökosysteme in repräsentativer Weise zu erfassen.

Statt der geplanten fünf Jahre hat es nun insgesamt weitere sieben Jahre Planung und Diskussionen gebraucht, um eine Vereinbarung zu finden, die es erlaubt

weitere Hunderttausend Hektar Wald zusätzlich zu schützen.

Küstenregenwald unter Schutz

Am 1. Februar konnten VertreterInnen der First Nations, der Provinzregierung von British Columbia sowie der beteiligten Umweltorganisationen und Forstunternehmen nun endlich die vollständige Umsetzung der Vereinbarungen zum Schutz des Great Bear Rainforest verkün-



Foto: Patrick Davies

Die Küste British Columbias ist geprägt von Urwaldriesen und bietet Lebensraum für Wale, Adler, Wölfe und eine ganz besondere Gruppe von Schwarzbären mit hellem Fell

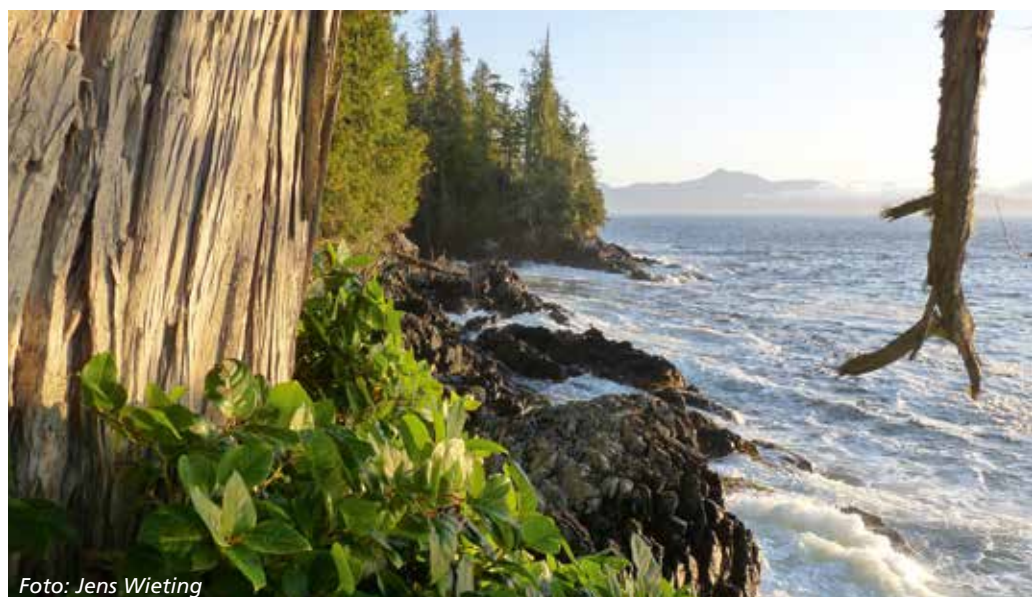


Foto: Jens Wieting



Während im Great Bear Rainforest noch Urwald dominiert (grün), der nun zu 85 % geschützt ist, sind auf Vancouver Island und an der Südküste von British Columbia die meisten Gebiete bereits durch Kahlschläge in jüngere, ökologisch weniger wertvolle Sekundärwälder umgewandelt worden. Hier sind nur kleine Anteile des Waldes geschützt und Proteste gegen den Holzeinschlag nehmen zu (Karte: Sierra Club BC)

Foto: Jens Wieting



den. Dieser Erfolg gibt berechtigten Anlass zur Hoffnung, handelt es sich doch um das größte verbliebene, weitgehend intakte Küstenregenwaldgebiet der gemäßigten Breiten, eine Region größer als die Schweiz. Angesichts der Vielzahl widerstreitender Interessen und Erwartungen im Zusammenhang mit Naturschutz, Landnutzung und Entscheidungsfindung unter Einbeziehung der First Nations ist es nicht so überraschend, dass sich der Umsetzungsprozess insgesamt 10 Jahre hingezogen hat.

Um die Vereinbarungen zum Schutz der Region nachzuvollziehen, ist es wichtig zu wissen, dass etwas mehr als die Hälfte der Region (3,65 Millionen von knapp 6,5 Millionen Hektar) von Wäldern bedeckt ist, etwa 2,85 Millionen Hektar von Bergökosystemen, Feuchtgebieten und großen Mündungsgebieten. Der von Schutzgebieten bedeckte Anteil ist nun von 33 auf 38 Prozent angestiegen und umfasst 42 Prozent der Waldgebiete der Region.

Durch die verschärften forstwirtschaftlichen Auflagen außerhalb der Schutzgebiete, z.B. für den Artenschutz, Uferzonen der Fließgewässer und für die First Nations kulturell wichtige Waldlandschaftselemente, insbesondere aber die Prozentvorgaben für die verschiedenen Waldökosysteme, die ungenutzt bleiben müssen, werden insgesamt nun sogar 85 Prozent der Waldflächen (3,1 Millionen Hektar – die Größe von Vancouver Island) dauerhaft vor Holzeinschlag bewahrt.

Die forstwirtschaftliche Nutzung wird dagegen auf 550.000 Hektar (knapp 15 Prozent der Waldfläche) beschränkt. Zwar handelt es sich bei den Gebieten, in denen noch Holzeinschlag stattfinden darf, sowohl um Sekundär- als auch um Urwald. Die neuen Vorgaben resultieren aber aus einer Obergrenze für den noch auf Urwaldflächen erlaubten Einschlag. Von Industrieseite wird geschätzt, dass die forstliche Nutzung in der Region sich nun auf 0,1 Prozent der Waldfläche jährlich beschränken wird. Die Umsetzung der Great Bear Rainforest Vereinbarungen gibt Anlass zur Hoffnung, dass Lösungen für komplexe Konflikte zwischen Interessen von Naturschutz, Holzindustrie, indigenen Gruppen und Regierung

In den tiefeingeschnittenen Meeresfjorden leben noch zahlreiche Delfine



Foto: T.J. Watt

Während der Great Bear Rainforest nun weitgehend geschützt ist, wird auf Vancouver Island, wie hier im Walbrantal, und dem südlichen Festland weiterhin in großem Stil Urwald kahlgeschlagen. Die Proteste dagegen gehen weiter

machbar sind, wenn alle Beteiligten sich konstruktiv verhalten und einen langen Atem haben. Gleichzeitig darf man nicht aus den Augen verlieren, dass die Vereinbarungen keine Lösung für alle Umwelt Risiken in der Region beinhalten und nur für einen Teil der Provinz gelten.

Ein besonders eklatantes politisches Versagen gibt es im Fall der noch immer nicht vollständig untersagten Trophäenjagd von Grizzlybären im Great Bear Rainforest. Sie ist zwar in einigen Schutz zonen untersagt und vielerorts auf Druck der First Nations und durch den Kauf von Lizenzen eingeschränkt worden. Doch bis heute weigert sich die Provinzregierung aus offenbar ideologischen Gründen dem Wunsch der deutlichen Mehrheit der Menschen in British Columbia nachzugeben und diese Form der Jagd gänzlich zu untersagen.

Und noch immer hat die Regierung das Northern Gateway Öl-Pipeline Projekt des Enbridge Konzerns nicht offiziell abgelehnt. Jahrelang hatten Befürworter in Regierung und Industrie gegen allen Widerstand von First Nations, NGOs und umweltengagierten Menschen an den Plänen für die Pipeline festhalten wollen. Nach der Ablösung der konservativen, industriefreundlichen Bundesregierung

von Stephen Harper durch die ausgewogenere Regierung der Liberalen Partei von Justin Trudeau gilt das Projekt zwar so gut wie gestorben. Aber erst die Umsetzung einer eindeutigen gesetzlichen Vorgabe, die Ölpipeline-Projekte und Öltanker-Verkehr grundsätzlich in der Great Bear Rainforest-Region ausschließt, wird den Menschen in der Küstenregion Gewissheit geben, dass sie nicht mehr mit dem Risiko katastrophaler Umweltverschmutzung rechnen müssen.

Neue Kahlschläge auf Vancouver Island

Während der Great Bear Rainforest nun weitreichenden Schutz vor zu viel Abholzung hat, ist es um die Küstenwaldge-

biete südlich dieser Region, auf Vancouver Island und dem Festland, weiterhin schlecht bestellt. In diesem Gebiet sind bereits die meisten Urwälder abgeholzt und in Sekundärwälder umgewandelt worden. Weniger als 15 Prozent dieser Gebiete sind geschützt und insbesondere die sehr produktiven Waldstandorte mit den beeindruckendsten Urwaldriesen sind stark dezimiert.

In einigen der letzten intakten Gebiete wie dem Walbran Tal im südlichen Teil Vancouver Islands (durch die Firma Teal Jones) und East Creek im nördlichen Teil der Insel (durch die Firma Lemare Lake) werden neue Kahlschläge vorangetrieben. Dabei sind diese Gebiete unersetzlich, um einen ökologischen Korridor für



Foto: Stephan Röhl

ROBIN WOOD setzt sich seit vielen Jahren für den Schutz des Great Bear Rainforest und des Clayoquot Sound ein



Foto: Jens Wieting

Naturparadies mit Seehunden und Walen: Noch aber ist der Kampf um den Erhalt des Regenwaldes entlang der gesamten Küste von British Columbia nicht vorbei



Foto: Jens Wieting

Jens Wieting arbeitet seit 2007 für den Schutz des kanadischen Regenwaldes. Zusammen mit dem Sierra Club BC haben Greenpeace und STAND (zuvor als ForestEthics) und eine Gruppe von Forstunternehmen (Coast Forest Conservation Initiative) die Umsetzung der Great Bear Rainforest Vereinbarungen durch Regierung und First Nations (Coastal First Nations und Nanwakolas Council) vorangetrieben.

Regenwaldarten zwischen dem Great Bear Rainforest, Clayoquot Sound und dem Olympic Nationalpark südlich der Grenze zwischen Kanada und USA zu erhalten.

Der Kampf um den Erhalt des Regenwaldes entlang der ganzen Küste British Columbias ist also nicht vorbei und entbrennt im Walbran dieser Tage aufs Neue, nachdem Teal Jones im Herbst Einslaggenehmigungen für einen zentralen Bereich des Tals beantragt hat. Seitdem finden fast jeden Monat neue Proteste statt.

Was bleibt, ist die Hoffnung, dass die Lösungsansätze, die im Great Bear Rainforest verfolgt wurden, auch angewendet werden, um diese ausstehenden Konflikte zu lösen: auf Grundlage glaubwürdiger wissenschaftlicher Empfehlungen für den Erhalt natürlicher Ökosysteme, der Wahrung indigener Rechte und der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Interessensgruppen.

Die vom Abschuss bedrohten Grizzlybären, die gefährdeten Resturwälder Vancouver Islands und unsere überhitzte Atmosphäre brauchen dringend diese Lösungen, zur Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und unserer eigenen Spezies.

www.savethgreatbear.org

www.wieting.org

www.sierraclub.bc.ca

Jens Wieting arbeitet als Wald- und Klima-Campaigner für den Sierra Club British Columbia. Zuvor war er als Tropenwaldreferent bei ROBIN WOOD und in der Entwicklungszusammenarbeit in Nicaragua tätig. jens@sierraclub.bc.ca



Foto: TJ Watt

gerettet!

Foto: Andy Wright, ILCP, supporting Sierra Club BC's No Tanker Campaign

Sichern Sie sich

eines der ersten Exemplare mit mehr Bildern vom Great Bear Rainforest: den neuen digitalen Bildband für Förderinnen und Förderer

„15 Jahre im neuen Jahrtausend“ mit mindestens 66 neuen Seiten

Rufen Sie mich einfach an: 040 380892 -16

Ihre Christiane Weitzel

Aktionen für den Wald



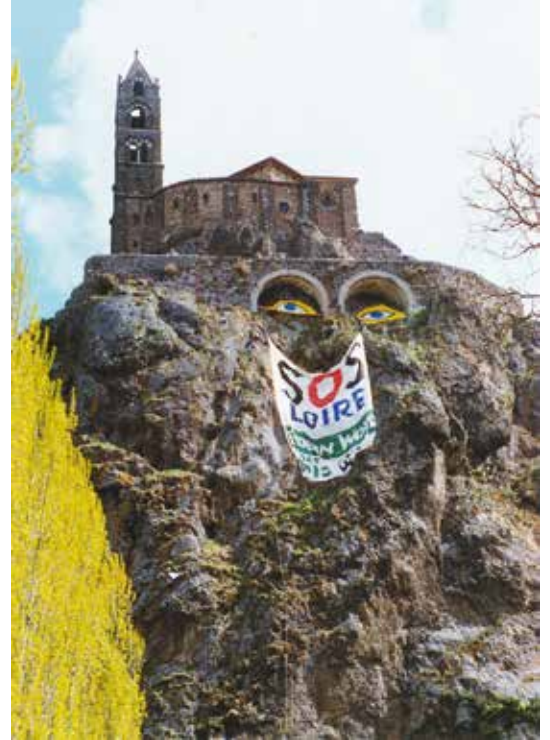
Foto: Ronald Mews

Bonn, 1.7.1993: Aktion vor der kanadischen Botschaft gegen die Zerstörung der Regenwälder an der kanadischen Westküste mit einer aktualisierten Nationalflagge (Bild oben)



Foto: argus/M. Schröder

Frankreich,
Le Puy, 1989,
Kein Stauen
der Loire für
AKW-Kühl-
wasser



Hamburg, Januar
1990: Aktion vor
dem finnischen
Generalkonsulat
gegen Kahlschläge
in den tundranahen
Wäldern Finnlands.
So begann der
Taiga-Schwerpunkt
bei ROBIN WOOD
(Bild unten)



Foto: O. Andersson

Rudolf Fenner hat seine hauptamtliche Tätigkeit als Waldreferent bei ROBIN WOOD Ende März beendet. 27 Jahre hat er die Arbeit im Waldreferat geprägt. Seine großen Themen sind wohl den meisten Leserinnen und Lesern des ROBIN WOOD-Magazin vertraut: Der Wald, der nicht gestorben ist, und dem es trotzdem schlechter geht als damals, als ganz Deutschland das Ende der Wälder schon nahe sah (siehe Seite 20) oder die borealen, speziell die skandinavischen Wälder, wo wir auf Kosten der letzten Naturwälder unseren übermäßigen Holz- und Papierhunger stillen. Großes Interesse galt auch der Ökologisierung des Holz- und Papiermarktes durch Waldzertifizierung, VerbraucherInnenentipps – vor allem aber das Überführen „schwarzer Schafe“ wie Aldi, Ikea oder zuletzt Metro. Weniger bekannt ist vielleicht, dass Rudolf es liebte Aktionen zu gestalten, Transparente zu entwerfen und diese dann auch meist selbst zu malen. Wir von der Redaktion haben uns daher gedacht, ihm zum Abschied ein kleines Potpourri seiner Lieblingsperformances zu schenken. Herzlichen Dank!

An dieser Stelle möchten wir uns auch bei allen Förderinnen und Förderern bedanken, die mit ihrer Spende die künftige hauptamtliche Arbeit im Waldbereich so großzügig unterstützt haben.

Hamburg, 7.10.1992: Für den Protest gegen den Einbau von Tropenholzfenstern bei der Post wurde die kurz vorher erschienene Sondermarke „Rettet den tropischen Regenwald“ karikiert und auf 100 qm vergrößert



Foto: R. Fenner

Bonn, 9.12.1997: Ein Wald aus Regenschirmen, lädiert und vom Sauren Regen zerfressen, protestiert vor dem Landwirtschaftsministerium



Foto: B. Maus

Köln, 30.8.1998: Aktion während der SPOGA-Messe, auf der alljährlich eine unendliche Fülle an unzertifizierten Tropenholz-Gartenmöbel angeboten wurden



Foto: R. Fenner

Hamburg, 24.6.1999: Elch im Tropenwald. Nach dieser Aktion beendete Ikea die Verwendung von nicht zertifiziertem Tropenholz in seinen Möbeln

Hamburg, 27.3.2002: Ein kurzerhand besetztes und umdekoriertes Karstadt-Schaufenster, um auf Kopierpapier aus Tropenholz im Angebot hinzuweisen. Karstadt reagierte und nahm stattdessen Recycling-Kopierpapier ins Sortiment



Foto: H. Schultze



Bonn, 22.3.2004: Auch die Post verramschte Kopierpapier aus Tropenholz: So bekam der Post-Slogan „Ab die Post“ eine ganz neue Bedeutung. Seit der Aktion gibt's auch Recyclingpapier in den Postfilialen

Berlin, 2012: Nicht nur Berliner Bären in Aktion für den kanadischen Great Bear Rainforest



Foto: ROBIN WOOD

Berlin, 18.2.2010: Kängurus im Schnee übergeben Unterschriften für den Schutz des tasmanischen Regenwalds vor der australischen Botschaft (Bild oben)



Foto: Pia Genz

Gülle killt Wald

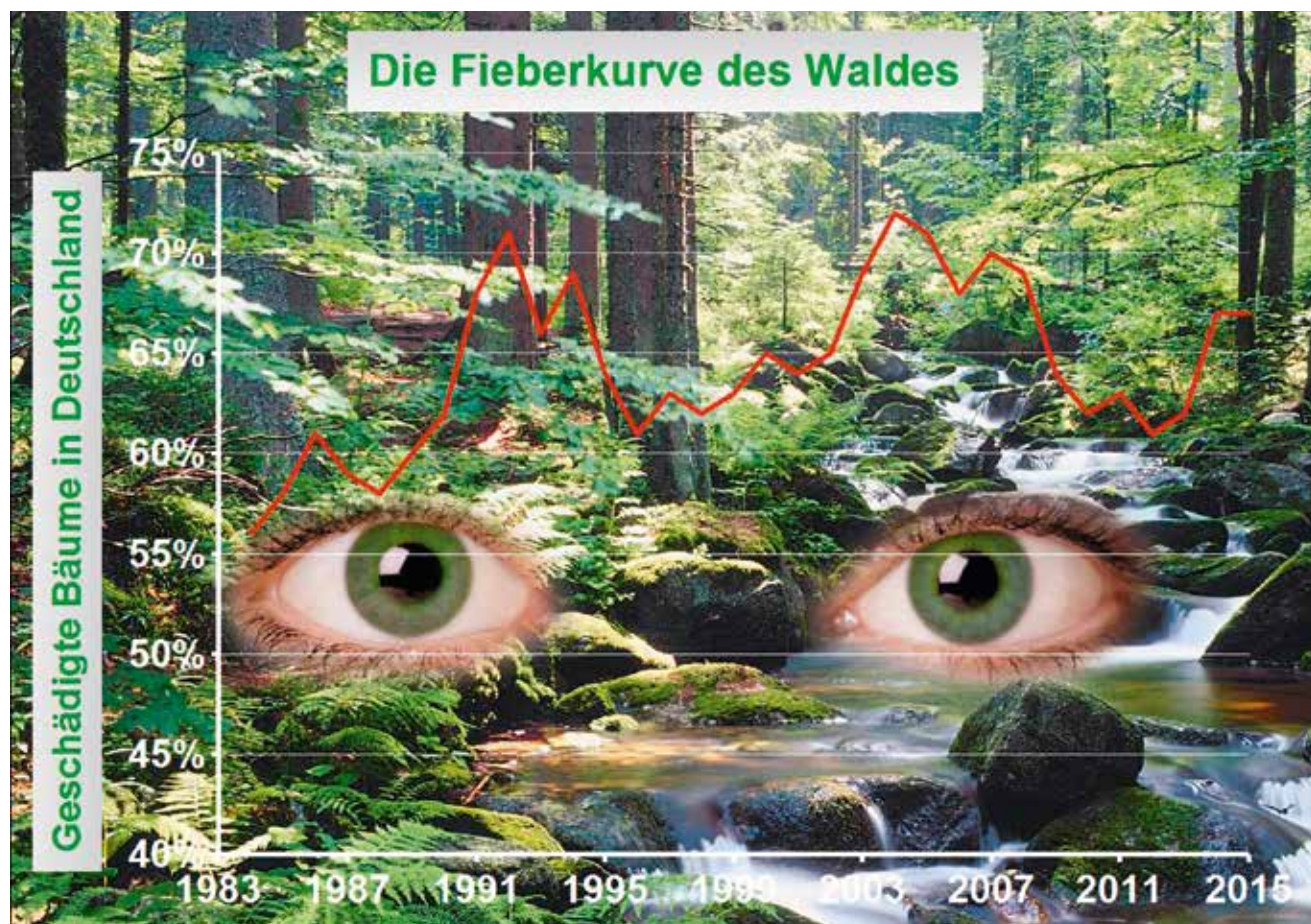
Christian Schmidt – wer es nicht wissen sollte: So heisst unser für die Wälder zuständige Landwirtschaftsminister - hat eine „gute Nachricht aus Deutschlands Wäldern“. Die lautet: „Den Buchen geht es besser.“ Und warum geht's ihnen besser? Die Buchen hätten im Vorjahr eine starke Fruktifikation gehabt und davon hätten sie sich nun erholt. Alles richtig, wenn auch unwesentlich, was da der Minister in seiner Presseerklärung von sich geben lässt. Denn es fehlt dort die klare Aussage, dass es den Buchen extrem schlecht geht – und das schon seit vielen Jahren. Seit 1991 ist der Anteil der Buchen, der keine Kronenschäden zeigen, auf einen Wert unter 30 Prozent geschrumpft. In den letzten zehn Jahren lag dieser Anteil sogar unter 25 Prozent. Auch unter den angeblich so gut erholt daher kommenden Buchen des Herrn Schmidt sind lediglich 22 Prozent symptomfrei.

Wer genauer wissen will, wie's denn Wald geht, der muss die aktuellen „Ergebnisse der Waldzustandserhebung 2015“ aus dem Hause Schmidt im Detail anschauen. Die harten Fakten in Kürze: Die Buche ist der am stärksten geschädigte Baum in unseren Wäldern. Der Eiche geht es mit einem Anteil von gerade mal 24 Prozent an Bäumen ohne erkennbare Kronenschäden kaum besser. Insgesamt sind nur noch ein Drittel der Bäume in unseren Wäldern gesund, deutlich weniger als Anfang der 80er Jahre, als das Waldsterben die Gemüter der gesamten Republik erregte.

Tatsächlich dürfte die Bilanz für das vergangenen Jahr sogar noch deutlich schlechter ausfallen. Denn 2015 war ja ein Jahr mit einem extrem heißen und trockenen Sommer. Da die alljährlichen Datenerhebungen für den Zustand der Wälder aber bereits ab Juli beginnen,

sind die Auswirkungen dieser sommerlichen Dürre kaum in die aktuelle Statistik eingeflossen.

Dass solche Auswirkungen der zunehmenden Klimaveränderung, aber auch immer noch viel zu hohe Luftschadstoffe die Wälder stark belasten – auch davon steht nichts in der Schmidt'schen Pressemitteilung. Kein Wunder: Sind doch die Stickstoffeinträge die bei weitem größte Luftschadstoffgruppe, die über unseren Wäldern niedergeht. Und für den allergrößten Anteil daran – die Ammonik-Emissionen - ist das Hauptressort unseres Ministers zuständig. Ammoniak, dieses gasförmige Stickstofftrihydrid, ist fast ausschließlich ein Abfallprodukt unserer Intensiv-Landwirtschaft. Es entweicht aus überdüngten Ackerböden und aus der Gülle einer viel zu hohen landwirtschaftlichen Tierproduktion. Im Verkehrsbereich – lange Zeit der



„Der Wald lebt – noch! Aber es geht ihm immer schlechter!“

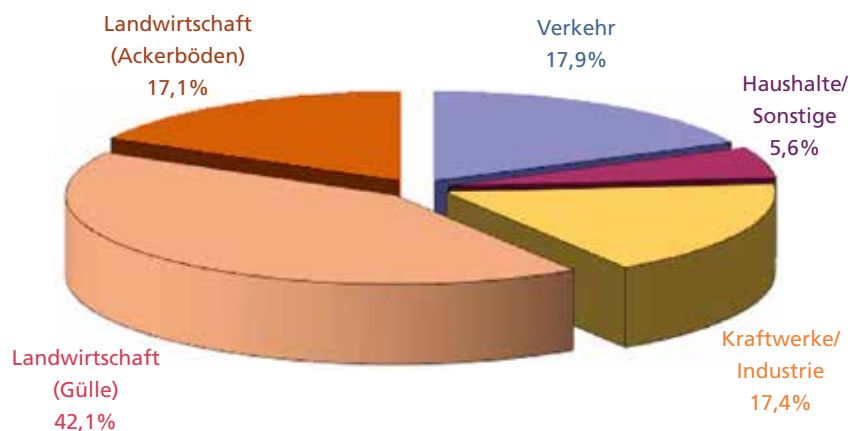
Hauptemittent von Stickoxiden – gehen diese Emissionen trotz aller Bescheiße-
reien der Automobilhersteller seit Jahren
langsam zurück. Bei den Ammoniak-
emissionen aus dem Landwirtschafts-
bereich – seit dem Jahr 2000 bereits
Hauptstickstoffemittent - tut sich sich
seit Jahrzehnten absolut nichts.

Es ist längst allerhöchste Zeit, dass das
Forstressort endlich weg vom Landwirt-
schaftsministerium und hin zum Umwelt-
ministerium kommt.

Rudolf Fenner, Hamburg

Siehe auch www.robinwood.de/waldsterben

Stickstoff-Emissionen in Deutschland



Berechnet aus den summierten Emissionen von N-NH₃ (Ammoniak)
und N-NO_x (Stickoxide); nach Angaben des UBA für das Jahr 2013

(c) ROBIN WOOD

Neue Referenten bei ROBIN WOOD

Wald

Jannis Pfendtner, 23 Jahre alt, lebt seit kurzem in Hamburg –
als neuer Waldreferent bei ROBIN WOOD. Er studierte davor
Forstwirtschaft mit einem Schwerpunkt auf internationalen
Wäldern und Naturschutz an der Hochschule für Nachhaltige
Entwicklung in Eberswalde. Seit seiner Jugend war und ist
Jannis in sozialen und ökologischen Bewegungen aktiv – so
zum Beispiel im Schul- und Bildungstreik, dem Stuttgart 21
Protest und in der Naturfreundebewegung. Während des
Studiums lebte er jeweils für einige Monate in Kolumbien,
Argentinien und Indien. Dabei arbeitete Jannis in unter-
schiedlichsten Zusammenhängen in der Umweltbildung, im
Naturschutz und der NGO-Projektentwicklung im Globalen
Süden mit. Seine Bachelorarbeit schrieb er über die Auswir-
kungen kleinbäuerlicher Waldwirtschaft im argentinischen
Trockenwald.

„ROBIN WOOD lernte ich zum ersten Mal bei den Baumbesetzungen im Stuttgarter Schlosspark zu S21 kennen. Schon damals gefiel mir der Mut und Einsatz der Aktivist*innen für den Schutz der Natur – umso mehr freue ich mich den Schutz der Wälder und die nachhaltige Nutzung unserer Ressourcen jetzt mit ROBIN WOOD vorantreiben zu können. Ich glaube an eine solidarische und ökologische Gesellschaft, in der die Menschen untereinander und mit der Natur und Umwelt in Frieden leben können.“

Jannis Pfendtner, Hamburg, erreichen Sie unter wald@robinwood.de

Tropenwald

Sven Selbert vertritt bis April 2017 unsere Tropenwaldreferentin Tina Lutz in Ihrer Elternzeit. Der 36 jährige Diplombiologe und Campaigner beschäftigte sich wissenschaftlich mit Fragen der räumlichen Ökologie und partizipativen Ansätzen für eine nachhaltige Nutzung tropischer Naturressourcen im Kontext der Klimarahmendebatte. Für den Deutschen Entwicklungsdienst war er im namibischen Gemeindeforestprogramm tätig und als freiberuflicher Seminarleiter zu Themen des Globalen Lernens. Sven Selbert engagierte sich viele Jahre ehrenamtlich für den Berliner Moviemiento e.V. wo er interkulturelle Projektarbeit organisierte. Als Campaigner in der Fair-Handels Kampagne Make Chocolate Fair! von INKOTA setzte er sich zuletzt für Menschenrechte, faire Arbeitsbedingungen und ökologische Nachhaltigkeit in der Kakaoproduktion ein.

„Die Stelle als Tropenwaldreferent bei ROBIN WOOD verstehe ich als optimale Plattform um profunde Argumente und entschiedenes politisches Handeln zu verschmelzen. Ich finde es wichtig Tropenwaldvernichtung vor allem über die kritische Analyse von Nord-Südbeziehungen zu thematisieren. Es geht darum über die Verknüpfungen zwischen der Politik, Konsumententscheidungen, Handels- und Marktstrukturen Zusammenhänge aufzudecken und damit Verantwortung auch öffentlich einzufordern. Ich freue mich auf wichtige Themen, bewegte Diskussionen und wilde Taten!“

Sie erreichen Sven Selbert unter tropenwald@robinwood.de.





*Kalimantan, Oktober 2015:
Ölplam-Setzlinge auf ver-
branntem Wald*

Foto: Ardiles Rante/Greenpeace

Indonesien - Zündeln an der Wahrheit

Recherchen von ROBIN WOOD haben die verlogene Kommunikation des Runden Tisches für Nachhaltiges Palmöl (RSPO) aufgedeckt. Wie das sogenannte Nachhaltigkeits-Siegel versucht die Verantwortung der Palmölindustrie für schlimmste Schäden an Mensch und Umwelt mit einer Mischung aus argumentativer Ablenkung, Verwirrungstaktik und strategischen Tricks weg zu debattierten – und sich damit selbst entlarvt.

Brennende Tropenwälder in Indonesien, halb Südostasien im Smog – diese Bilder sind 2015 um die Welt gegangen. Milliarden Lebewesen aus tausenden Arten wurden auf einer Fläche vergleichbar mit dem Bundesland Sachsen eingäschert. Mehr als 20 Menschen starben, über 500.000 wurden aufgrund des giftigen Rauchs wegen akuter Atemwegsbeschwerden behandelt. Die Weltbank schätzt den finanziellen Schaden für die indonesische Wirtschaft auf mehr als das Doppelte der Kosten des Wiederaufbaus in der Region Aceh nach dem Tsunami 2004. Anders als ein Tsunami waren die Brände 2015 jedoch kein Schicksalsschlag, sondern menschengemachte Verbrechen an der Natur und zwar mit Ansgar.

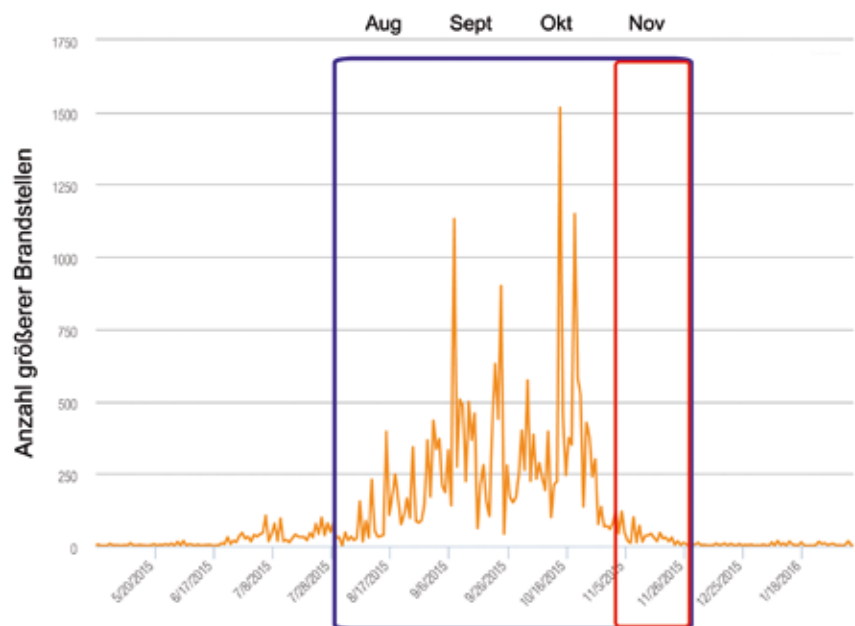
MeteorologInnen prognostizierten für 2015 schon zu Jahresbeginn ein außergewöhnlich starkes El Niño Phänomen. Südostasien würde damit einige Monate später eine besonders intensive Trockenperiode bevorstehen. Die Vorhersage führte jedoch nicht etwa zu vorbeugendem Tropenwaldschutz. Im Gegenteil, die El Niño Trockenheit wurde dafür genutzt einen wahren Vernichtungsraubzug in den Wäldern zu führen. Von August bis November 2015 wüteten mehr als 25.000 Brände in Sumatra, Kalimantan, Sulawesi und Java. Wichtig ist zu wissen, dass Regenwälder, insbesondere wenn sie auf Torf wachsen, natürlicherweise nicht brennen können

– sie sind dafür auch in Trockenperioden schlichtweg zu grün und zu feucht. Durch gezielt geplante und intensive Präparierung wird ein Torfregenwald entflammbar. Maschinell angelegte Entwässerungskanäle entziehen dem Wald die Feuchtigkeit, selektiver Einschlag sorgt für Brennstoff am Boden. Primärwälder, insbesondere auf Torf, sind auch nach indonesischem Recht geschützt. Erst im Mai 2015 verlängerte die Regierung das Entwaldungs-Moratorium von 2011. Wälder auf Konzessionsflächen und Sekundärwälder, also solche die zum Beispiel eine Schädigung durch Brand erlitten, sind davon ausgenommen. Doch es gibt laute Forderungen auch diese Flächen einzubeziehen. Denn die Plantagenindustrie steht in direkter Flächenkonkurrenz zu Regenwaldgebieten. Rodung durch Abbrennen ist am billigsten und schafft kaum umkehrbare Tatsachen. Aus einem hochdiversen Regenwald wird innerhalb von Tagen

verbrannte aber fruchtbare Erde. Landnahmen können so auch gegen lokale Widerstände und Naturschutzregularien brutal durchgesetzt werden. Eine aktuelle wissenschaftliche Analyse der Brände im Jahr 2013 zeigt, dass 21 % bis 47 % der durch die NASA Satelliten beobachteten Brände auf Zellstoff- und Palmölplantagen stattfanden.

Mehr Flächen für Palmöl durch Brände

Der Verdacht liegt also auf der Hand, dass auch die Brandrodungen 2015 vor allem der Flächenausweitung für die Plantagenwirtschaft dienen. Greenpeace International konnte Ende 2015 in Kalimantan in drei konkreten Fällen ermitteln, wie große Palmölfirmen illegal Feuer für Landnahmen im Orang-Utan Habitat nutzten. Besonders pikant dabei: zwei der drei Firmen waren Mitglied des 2004 vom WWF ins Leben gerufenen RSPO. Die knapp 2.800



Quelle: <http://fires.globalforestwatch.org/map>; GFW Fire Report, Kalimantan, 01.08.2015-30.11.2015

Der RSPO kommentierte die Waldbrände des 2015 mit Daten des Global Forest Watch. ROBIN WOOD hat die Daten überprüft und gezeigt, dass diese Daten falsch gewählt wurden. An ein Versehen glauben wir nicht.

Blau: Zeitraum Brandkatastrophe 2015 Rot: Vom RSPO verwendeter Zeitraum



Foto: ROBIN WOOD/J. Wieting

Regenwälder sind so grün und feucht, dass sie auch in der Trockenzeit natürlicherweise nicht brennen können. Erst durch Einschlag und Entwässerung werden sie entflammbar

Mitglieder des RSPO sind entlang der gesamten Palmöl- Wertschöpfungskette aktiv (PalmölproduzentInnenen, VerarbeiterInnen, HändlerInnen, Nahrungs- und KonsumgüterherstellerInnen, Finanzinstitute, EinzelhändlerInnen), vertreten sind auch einige Nichtregierungsorganisationen. Laut Eigenauskunft sind derzeit 21 % des globalen Palmöls nach RSPO zertifiziert.

RSPO: Schweigen ist Gold

ROBIN WOOD kritisiert den RSPO-Prozess und seine Zertifikate seit Jahren als Greenwashing. Es ist ein weitgehend wirkungsloses Instrument, das vor allem den Firmen nützt, die am Geschäft mit Palmöl gut verdienen, indem sie sich selbst einen Nachhaltigkeitsanstrich verpassen, während der Regenwaldverlust und Landrechtsverletzungen ungebremselt weiter gehen. Angesichts der verheerenden Waldbrände hat ROBIN WOOD die Kommunikation des RSPO 2015 besonders genau beobachtet, um herauszufinden, wie sich der RSPO positioniert. Das Ergebnis ist entlarvend.

Wie kommentiert der RSPO die schwerwiegendste Naturkatastrophe Indonesiens der letzten zehn Jahre? Zunächst einmal überhaupt nicht. Solange die Brände zwischen August und November unbändig wüteten, gab der RSPO keinerlei Stellungnahme ab. Erst am 10. Dezember, als die Regenzeit die Flammenwalzen zurückgedrängt und den Smog aus der Luft gewaschen hatte, meldete sich der RSPO mit einer eigenen Meldung zum Thema Waldbrand zu Wort. 13 Tage später veröffentlichte der RSPO seinen Jahresrückblick 2015 und berichtete von Erfolgen, schönen Erinnerungen und erfüllten Meilen-

steinen - die über vier Monate dauernden Brandverwüstungen wurden mit keinem Wort erwähnt.

In der Stellungnahme des RSPO mit dem Titel „RSPO statement on the Indonesian forest fires“ soll ganz offenbar jeder Eindruck vermieden werden, es handle sich dabei um ein Statement in eigener Sache. Die Botschaft des RSPO liest sich in etwa so:

- Es hat schlimm gebrannt.
- Warum es brannte, kann niemand genau wissen.
- Feuer wurden aber kaum auf Flächen geortet, die für Palmölplantagen vorgesehen sind.
- Auf RSPO-Flächen gab es sogar fast gar keinen Brand.
- Dort wo letzteres scheinbar doch dokumentiert wurde, führten womöglich technische Unzulänglichkeiten beim Feuermonitoring zu wahrscheinlich falscher Beschuldigung.

Glaube keiner Statistik, die Du nicht selbst gefälscht hast

Der RSPO nennt in Bezug auf die Brände Zahlen des unabhängigen Instituts Global Forest Watch (GFW). Laut RSPO hätten von 1.643 Brandereignissen nur 61, also ca. 4%, in Palmölkonzessionsgebieten stattgefunden und nur zwei Fälle auf RSPO-zertifizierten Konzessionsflächen. Bei den LeserInnen muss also die Botschaft ankommen, Brände haben mit Palmöl kaum etwas zu tun und mit dem RSPO noch weniger. Eine Überprüfung dieser Statistik mit den öffentlich zugänglichen Daten von GFW offenbart jedoch ein raffiniertes Täuschungsmanöver. Der RSPO verwendet nämlich Zahlen, die sich nicht auf den relevanten Zeitraum der

Brandkatastrophe beziehen, sondern auf einen viel kleineren Zeitraum: den 01. bis 30. November zum Ende der Brände. Die verheerenden Monate August bis Oktober wurden gar nicht betrachtet. Im relevanten Zeitraum 1. August bis 30. November 2015 protokolliert GFW auf Java, Kalimantan, Sulawesi und Sumatra tatsächlich über 25.000 bedeutsame Brände – 15 mal mehr als der RSPO erwähnt.

Dass der RSPO die Anzahl der Brände auf die Gesamtfläche Indonesiens bezieht, führt zu einer offensichtlich politisch motivierten Falschdarstellung der Sachlage. Tatsächlich befindet sich der aktuelle Schwerpunkt der Vergabe und Entwicklung von Palmöl-Konzessionsgebieten nicht auf allen indonesischen Inseln, sondern ganz wesentlich in Kalimantan. Aus dieser Region wurden in jüngerer Zeit auch die meisten Konflikte wegen Landrechtsverletzungen gemeldet. Kalimantan ist also der relevante geographische Referenzraum. Von August bis Ende November wurden auf Kalimantan allein über 12.000 Brandereignisse gemeldet, fast 2.400 davon auf Palmölkonzessionsflächen (fast 40 mal so viele wie der RSPO für ganz Indonesien präsentierte) und hiervon immerhin 100 auf RSPO-Flächen (50 mal mehr als der RSPO nennt). Auf den Palmölkonzessionsflächen, die ca. 6 % der Gesamtfläche von Kalimantan betragen, wurden 20 % der Brände geortet. Es brannte in Palmölkonzessionsgebieten also fast viermal häufiger als auf anderen Flächen – die vernichtenden Brände von 2015 korrelieren also überdeutlich mit den aktuellen Gebieten der Landnahme für Palmöl.

Die Darstellung des RSPO ist aber nicht nur sachlich falsch, sie zeigt ein ganzes

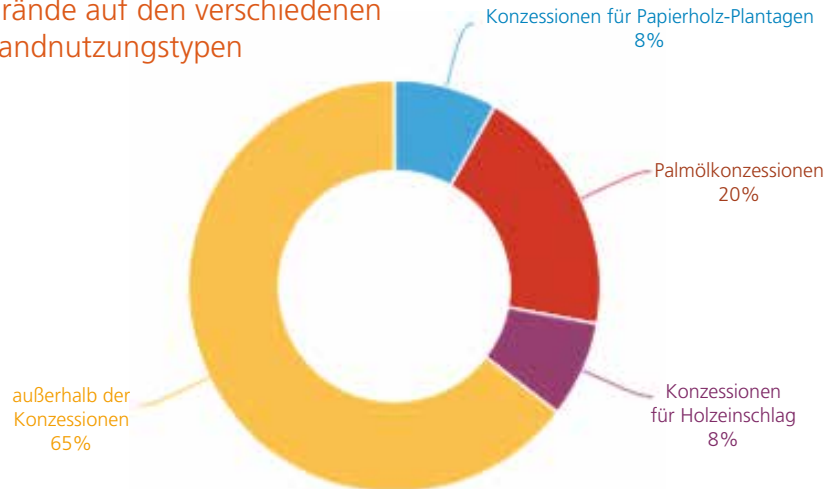
Repertoire an Kommunikationsstrategien, das von Lobbyorganisationen und von Leugnern des Klimawandels bekannt ist: Fakten verschweigen, Teilwahrheiten betonen, Statistiken zurechtschneiden, Diskrepanz säen, Komplexität überbetonen. Auch Zirkellogik wie „Brände und Entwaldung führen zu Feuer und Entwaldung“ findet sich in dem Kommuniké.

Freibrief für Entwaldung – das RSPO Feuermonitoring ist blind für Feuer auf Neukonzessionen

Der RSPO musste zugeben Mitgliedsunternehmen nicht auf die Einhaltung der eigenen Prinzipien zu kontrollieren. Aus den Ausführungen wird explizit deutlich, dass dem RSPO seit 2013 keine aktuellen, von unabhängiger Seite verifizierten, Karten von den Konzessionsgebieten der eigenen Mitgliedsunternehmen vorliegen. Das Monitoringverfahren des RSPO ist demnach blind für Brände auf Flächen, die nach 2013 konzessioniert wurden. Der RSPO selbst sieht seine Monitoringfähigkeiten eingeschränkt („fire monitoring activity is seriously constrained by the lack of a single, credible and up-to-date database of palm oil concession maps“). ROBIN WOOD nennt dies einen Freibrief für Entwaldung, versehen mit einem sogenannten Nachhaltigkeits-Siegel.

Die Analyse der jüngsten Kommunikation entlarvt den RSPO einmal mehr als Lobbyorganisation zur Wahrung der Interessen der Palmölindustrie. Der RSPO ist in der jetzigen Form ungeeignet Tropenwälder zu schützen: Palmöl mit dem RSPO-Siegel darf entgegen der Eigen-Etikettierung nicht nachhaltig genannt werden. Der RSPO-Prozess führt zu Scheinanstrengungen und Scheinerfolgen, die den Druck von den Palmölfirmen, der indonesischen Regierung und der EU nehmen sollen. Die mangelnde Glaubwürdigkeit des RSPO-Siegels, wirksame Anstrengungen für eine nachhaltigere Landnutzung zu unternehmen, höhlt das Vertrauen von Verbrauchern hierzulande aus und bedroht damit direkt auch andere Zertifizierungssysteme für mehr Nachhaltigkeit und fairen Handel. ROBIN WOOD fordert dringend ein Ende der Förderung des RSPO mit deutschen Steuer-/Entwicklungshilfegeldern über das Forum Nachhaltiges Palmöl (FONAP). Staatlichen Stellen (BMEL/GIZ) sowie

Brände auf den verschiedenen Landnutzungstypen



Zwischen August und November 2015 lagen in Kalimantan 20% aller Brände in Palmölkonzessionsgebieten. Die Zahlen beweisen: Illegale Brandrodungen für Palmöl sind eine Hauptursache für den Regenwaldverlust und häufig brennt es auch in RSPO-Konzessionen.

ebenfalls vertretenen namhaften Naturschutzverbänden droht durch die Zusammenarbeit mit dem RSPO ein erheblicher Glaubwürdigkeitsverlust.

Nachtrag: Die vom RSPO zunächst in Zweifel gezogenen Greenpeace-Beweise für Brandstiftung im Orang-Utan Habitat durch den Palmölriese IOI-Group konnten nicht entkräftet werden. Dessen RSPO-Mitgliedschaft wurde deshalb im März 2016 ausgesetzt. Dies ist jedoch kein Hinweis für die Funktionalität des

RSPO. Der RSPO hat erst unter dem massiven Druck eines großen Medienechos gehandelt. Der Fall ist vielmehr ein Beweis für die Wichtigkeit einer unabhängigen kritischen Zivilgesellschaft und eines freien Journalismus. Auf der eigenen Webseite berichtet der RSPO im März übrigens von neuen Absatzrekorden. Über den Ausschluss eines seiner größten Palmölproduzenten erfährt man dagegen: überhaupt nichts.

Sven Selbert, Hamburg
tropenwald@robinwood.de

Einkauf-Tipps von ROBIN WOOD:

- Bitte lesen Sie die Zutatenliste. Seit Dezember 2014 muss entsprechend EU-Verordnung in Lebensmitteln der konkrete Name des Öls oder Fettes, also Palmöl, Rapsöl, Palmkernfett, Kokosfett etc. angegeben werden. Produkte vergleichen, es gibt immer mehr palmöl- und palmkernfettfreie Alternativen.
- Vermeiden Sie Fertigprodukte, denn die meisten enthalten Palmöl. Dazu bergen die gesättigten Fettsäuren des Palmöls gesundheitliche Risiken.
- Auf Kosmetika und anderen Produkten weisen Aussagen in der Zutatenliste wie Palmitate, Palminat oder Stearate auf Palmöl hin. Je weiter sie am Anfang stehen, desto größer ist der Anteil.
- Als tatsächlich ökologisch wie sozial weitgehend unbedenklich gemäß der gehobenen Standards des Fairen Handels können derzeit nur wenige Produkte gelten. Zum Beispiel unterstützt der Vorreiter GEPA einen Palmölanbau aus kleinbäuerlichen Kooperativen.
- Greifen Sie zumindest auf Produkte mit EU-Ecolabel zurück. Auch diese Bewirtschaftung ist kein wirksamer Schutz vor Flächenausweitung und Biodiversitätsverlust, verbietet aber zumindest den Einsatz besonders giftiger Pestizide, begrenzt den Einsatz synthetischer Düngemittel und fördert ein ressourcenschonenderes Wassermanagement.
- Mehr Infos für Einkaufen ohne Palmöl auf www.umweltblick.de/

Foto: Christian Offer

Notizen zum Berliner Nahverkehr

Zwischen Blechlawine und S-Bahn-Chaos

Wer in Berlin Bahn fährt, braucht Nerven. Und Geld. Das ist für die Berliner*innen langsam nichts Neues mehr, nach 7 Jahren S-Bahn-„Krise“ haben wir uns mehr oder weniger an den schlechten Normalzustand gewöhnt. Er ist längst Teil vieler persönlicher Armuts- und Umweltkrisen geworden. Klar, schimpfen kann man, da sind auch wir in der Berliner ROBIN WOOD-Gruppe keine Ausnahme. Zum Beispiel wenn die S-Bahn auf dem Weg zur Baumbesetzung gegen den Ausbau der A100 wegen ein paar Schneeflocken kollabiert. Anfang des Jahres, als dann die - wieviele eigentlich? - Fahrpreiserhöhung der letzten Jahre ihre Spuren in unseren Portmonees und Diskussionen hinterließ, wollten wir es noch genauer als bisher wissen. Das Ergebnis war ein Vortragsabend mit viel „ach richtig“ und „ach so“, Wut und schwarzen Humor und einigen Ideen, was sich ändern kann und muss.

Vom Leben in einer Autostadt

Berlin wird von Autos dominiert. Diese zur Selbstverständlichkeit gewordene Erkenntnis ist ebenso simpel wie frappierend. Schaut Mensch nämlich einmal genauer auf das zur Gewohnheit gewordene Stadtbild, wird klar: Autos sind allgegenwärtig. Kinder müssen an die Hand genommen werden, damit sie nicht unter die Räder kommen. Nirgendwo ist der Verkehr nicht zu hören und die Abgase sind überall.

30% der Wege werden in Berlin mit dem Auto zurückgelegt - immer noch mehr als mit den Öffentlichen, die auf knapp 27 % kommen. Paradoxerweise sind die mit dem PKW zurückgelegten Strecken mit 7,4 km deutlich kürzer als die des ÖPNV - bei Durchschnittsgeschwindigkeiten von 21 km/h. Hier wird deutlich, dass die meisten Fahrten auch bequem mit dem Fahrrad zurückgelegt werden könnten, das mit 12,5% einen nur geringen Anteil an der Wegehäufigkeit hat. Besonders unnötig ist auch, dass in einem Berliner Auto meist nur eine Person sitzt (im Schnitt 1,3 Personen).

Wie verhält es sich mit den Auswirkungen des Verkehrs auf die Gesundheit der Hauptstädter*innen? In Berlin liegt an vielen Stellen die Feinstaubbelastung deutlich über den EU-Grenzwerten. Die Folgen sind direkt spürbar: Acht Prozent der lungenkrebsbedingten Todesfälle werden durch Feinstaub verursacht. Im Jahr 2050 wird

die Luftverschmutzung durch Feinstaub die Hauptsache für umweltbedingte Todesfälle sein. Auch beim Stickstoffdioxid, das in Berlin zu vier Fünfteln mit dem Verkehr zusammen hängt, liegen die Messwerte viel zu hoch. Ähnlich sieht es beim Thema Lärm aus: 300.000 Einwohner in Berlin geben an, unter Straßenlärm zu leiden. Und lärmbedingte Schlafstörungen führen erwiesenermaßen zu Belastungen des Herz-Kreislauf-Systems. Unmittelbar tödlich zeigt sich der Verkehr in der Unfallstatistik - im Jahr 2013 gab es beispielsweise 15 tödlich verunglückte Fahrradfahrer*innen.

Zusätzlich zu der genannten Luftverschmutzung ist der Straßenverkehr an den Treibhausgasemissionen und damit am Klimawandel wesentlich beteiligt. Die durchschnittlichen Emissionen von PKW sind pro Person und Strecke etwa viermal so hoch wie bei Bus oder Zug. Pro Tag sind die Treibhausgasemissionen des motorisierten Individualverkehrs in Berlin sogar etwa doppelt so hoch wie die von Bus, U-Bahn, Straßenbahn und Bahn zusammengekommen (siehe Grafik).

Ausweg Elektroauto?

Angesichts dieser schwerwiegenden Negativfolgen des PKW-Verkehrs wird die individualisierte Elektromobilität vielerorts als Lösung für zukünftige Verkehrsentwicklung diskutiert. Elektroautos sind das Aushängeschild für eine angebliche Entwicklung der Autokonzerne hin zu Nachhaltigkeit. Sie repräsentieren die Idee des grünen Wachstums. E-Autos sind leise, nachhaltig und umweltfreundlich, so das Credo. Beispielsweise bewirbt Renault seine Produkte mit dem Slogan „100% elektrisch. 0% Emissionen“. Was ist da dran?

Der Behauptung von Null-Emissionen liegt die Annahme zugrunde, die Energie für Elektroautos käme zu 100% aus erneuerbaren Energiequellen und es entstünden keinerlei Emissionen durch den Bau und Erhalt der Kraftwerke und Infrastruktur. Werden jedoch die tatsächlichen Energiequellen sowie die Emissionen beim Bau berücksichtigt, so ist der Zahlentrick schnell entlarvt. Unter Berücksichtigung des aktuellen Strommixes in Deutschland färbt sich das Grün ins Kohleschwarz: Mit 0,24 kg CO₂-Äquivalent pro Kilometer und Person sind die Emissionen eines Elektroautos in Deutschland 1,4-mal höher als die eines im letzten Jahr neu zugelassenen PKW. Wird der polnische Strommix herangezogen, der

noch stärker von Kohlekraft dominiert wird, so emittiert ein Elektroauto auf indirektem Wege etwa doppelt so viel Treibhausgase wie der neu zugelassene PKW. Im Vergleich zum Personentransport mit dem Zug sind die PKW-Emissionen sogar mehr als sieben mal höher. Ähnliche Überlegungen sind auch bei der Betrachtung von Biokraftstoffen vonnöten. Individuelle Elektromobilität bedeutet also hohe Emissionen und hohen Energie- bzw Ressourcenverbrauch bei gleichzeitig hohem Platzbedarf. Das ist also keine Lösung für die Probleme der Autostadt!

Rationalität, Gerechtigkeit und die autogerechte Stadt

Es sollte deutlich geworden sein, dass die Dominanz des motorisierten Individualverkehrs das Leben an der Spree deutlich unschöner und ungesünder macht und den weltweiten Klimawandel vorantreibt. Und auch das Elektroauto wird daran nichts ändern. Wieso werden dann aber nicht mehr Kilometer mit dem ÖPNV oder dem Fahrrad zurückgelegt? Die Antwort lautet schlicht: Weil es kein Anliegen der von privatwirtschaftlichen Interessen dominierten Stadtpolitik ist. Die aktuelle Verkehrsplanung ist nicht rational städteplanerisch begründet, sondern das Ergebnis von kapitalistischer bzw. neoliberaler Ideologie, Lobbyismus und Politik. Die großen Unterschiede in Sachen Besitz und Teilhabe, die der Kapitalismus mit sich bringt, finden auch im PKW-Verkehr ihren konkreten Ausdruck.

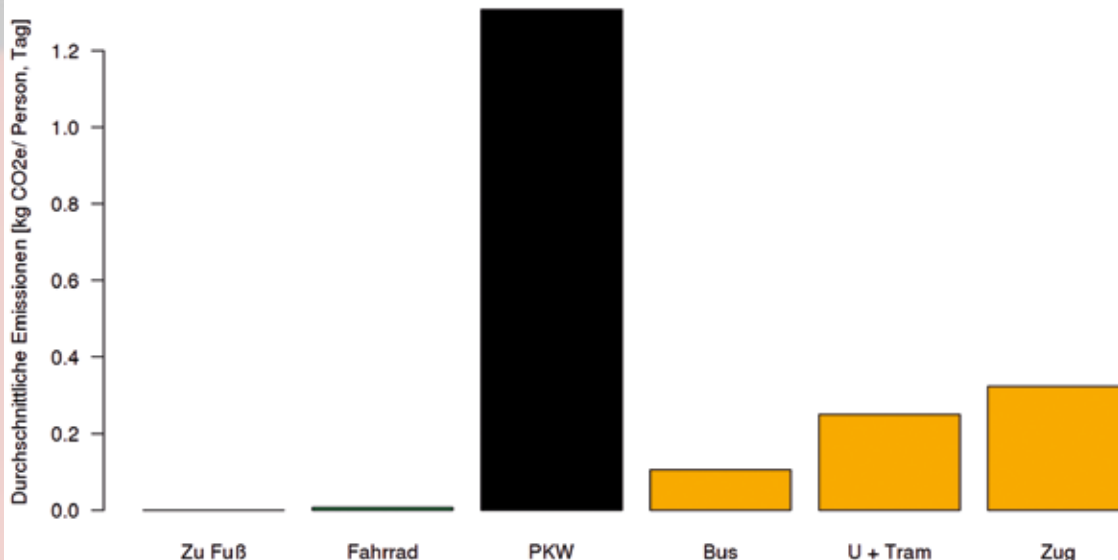
Das Auto ist das Symbol individueller Freiheit und gilt als der Liebling besonders der deutschen Männer. Wie steht es mit der Gleichheit bzw Gerechtigkeit in Sachen Mobilität? Eine Studie für das Jahr 2003 zeigt eine

starke Relation zwischen Netto-Haushaltseinkommen und dem Besitz eines PKW: Bei einem Einkommen von unter 900 € haben fast 65 % der Bevölkerung kein Auto - liegt das Einkommen über 2000 €, besitzen dagegen nur 6 % kein Auto. Die verringerte Mobilität mit fallendem Einkommen trifft Haushalte von Alleinerziehenden besonders hart. Hier ist erkennbar, dass die gelebte Vision Auto die persönliche Freiheit Einzelner gegenüber dem Wohlstand Aller bevorzugt. Besonders traurige Absurdität erlangt die soziale Benachteiligung im Fall der Strafverfolgung beim Fahren ohne Fahrschein auch in Berlin: Bis zu einen von drei Prozessen betrifft das Fahren ohne Fahrschein in der Hauptstadt und knapp ein Drittel der Insassen der JVA Plötzensee sitzen aus diesem Grund ein. Eine Ungerechtigkeit, die noch weiter an Brisanz gewinnt, wenn Mensch sich die Fahrpreisentwicklung der letzten Jahre anschaut.

Bahnpolitik in der Autostadt – Der Wahnsinn hat Methode

Berlin gehört zu den Regionen, die von den Privatisierungsplänen der Deutschen Bahn besonders hart getroffen wurden. Bei der Berliner S-Bahn wurden in der ersten Hälfte der Nuller-Jahre die Weichen für eine Unternehmenspolitik gestellt, die bis zum Zeitpunkt des Börsengangs maximale Profite aus der DB-Tochter herauschlagen sollte. Erreicht wurde das, indem die Fahrpreise erhöht und die Infrastruktur gnadenlos auf Verschleiß gefahren wurde. Während die Fahrgastzahlen stiegen, wurden Wagen verschrottet, Personal entlassen, Werkstätten geschlossen und Wartungsintervalle stark gestreckt. Während einerseits für unnötige aber repräsentative Großprojekte wie dem Neubau

Treibhausgas-Emissionen des Berliner Personenverkehrs



des Stadtschlusses, den Ausbauten der Stadtautobahnen und den Panneflughafen BER Bundesmittel in großem Stil in die Hauptstadt gepumpt wurden, presste die DB als Staatskonzern den BerlinerInnen das Maximum an Profit ab. Und die Strategie ging auf: Zwar war es um die Pünktlichkeit immer schlechter bestellt, aber die Gewinne stiegen. Warnungen des Betriebsrats, Unfälle und andere Warnzeichen, dass es nicht unbegrenzt so weitergehen konnte, wurden geflissentlich übersehen. Bis das DB-Management von der Realität eingeholt wurde.

Kleine Chronologie der Berliner S-Bahn-Krise

- Anfang/Mitte der Nuller-Jahre: Beginn des Sparkurses bei der S-Bahn.
- 2002/2003: Beschluss zum Wiederaufbau des Stadtschlusses. Die Kosten dürften die 600 Millionen Euro Marke übersteigen.
- 2003: Fahrpreiserhöhung.
- 2004: Abschaffung der Arbeitslosen- und Seniorentickets, dafür wird der Normalfahrtschein (AB-Ticket) etwas billiger.
- 2005: Fahrpreiserhöhung. Das AB-Ticket kostet 2,10€.
- 2006: Offizieller Baubeginn am Hauptstadtflyghafen BER. Die Kosten sind bis heute auf fast 6 Milliarden gestiegen, keine Ende in Sicht.
- 2008: Fahrpreiserhöhung.
- Winter 2008/09: Starke Einschränkungen bei der S-Bahn.
- Juli 2009: Nach einer Zugentgleisung in Folge schwerer Wartungsmängel werden dreiviertel aller Züge aus dem Verkehr genommen. Notfallfahrplan, u.a. wird einer der wichtigsten innerstädtischen Streckenabschnitte wochenlang nicht bedient.
- September 2009: Es tauchen erneut schwere Wartungsmängel auf, der Zugverkehr wird wieder stark ausgedünnt oder ganz eingestellt.
- Winter 2009/10: Erneut zahlreiche Zugausfälle, nur die Hälfte der benötigten S-Bahn-Wägen sind einsatzbereit.
- Ab 2010: Der Sparkurs wird schrittweise zurückgenommen.
- Winter 2010/11: Trotz angekündigter intensiver Winter Vorbereitungen wieder erhebliche Einschränkungen.
- 2011: Fahrpreiserhöhung. Das AB-Ticket kostet 2,30 €.
- Winter 2011/12: Wieder zahlreiche Zugausfälle.
- 2012: Fahrpreiserhöhung. Das AB-Ticket kostet 2,40 €.
- Winter 2012/13: Wieder starke Einschränkungen.
- 2013: Fahrpreiserhöhung. Das AB-Ticket kostet 2,60 €.
- 2013: Baubeginn des 16. Bauabschnitts der A100. Geplante Kosten: Knapp 500 Millionen €.
- Winter 2014/15: Trotz angekündigter intensiver Winter Vorbereitungen wieder Verspätungen, Zugausfälle und stundenweise Stilllegung einzelner Strecken.
- Januar 2015: Fahrpreiserhöhung. Das AB-Ticket kostet jetzt 2,70 €.
- Winter 2015/16: Die S-Bahn erklärt, „voll und ganz auf Winter eingestellt“ zu sein. Verspätungen, Zugausfälle, zeitweise Stilllegung von Streckenabschnitten.
- 2016: Fahrpreiserhöhung.

2009 war die Berliner S-Bahn bundesweit in den Schlagzeilen, als der Verkehr mehrfach spektakulär kollabierte. Das Ausmaß war historisch einmalig, selbst 1945 funktionierte der Berliner Nahverkehr wesentlich zuverlässiger. Ab 2010 wurden die schlimmsten Folgen des Sparkurses langsam rückgängig gemacht.

Trotzdem wird bis heute nicht genug in die Infrastruktur investiert, um insbesondere im Winter einen auch nur halbwegs reibungslosen Betrieb zu gewährleisten. Ob es nun an fehlenden Zügen, zuwenig Fahrer*innen oder ausfallenden Weichen liegt - in sechs der letzten sieben Winter kam es in Berlin zu schmerzhaften Einschränkungen des S-Bahn-Betriebs.

Trotz ihres schlechten Angebots macht die S-Bahn inzwischen aber wieder satte Gewinne. 2008, auf dem Höhepunkt des Raubzugs auf Kosten ihrer Infrastruktur, waren es 56 Millionen Euro - 2014 konnten wieder über 54 Millionen Euro Profit an den Mutterkonzern abgeführt werden. Der Grund liegt in den seit Jahren massiv steigenden Fahrpreisen. Inzwischen liegen die Berliner Fahrpreise gemessen an der lokalen Kaufkraft deutschlandweit im vorderen Drittel. Die dahinter stehenden Entscheidungen zulasten von Bevölkerung und Umwelt sollen künftig noch weiter entpolitisiert werden: Für Berlin und Brandenburg trat dieses Jahr ein Mechanismus für automatische Fahrpreiserhöhungen in Kraft. Er berücksichtigt vor allem die regionale Preisentwicklung, aber weder das regionale Einkommensniveau, noch die von den Verkehrsbetrieben getätigten Investitionen und ihre millionenschweren Profite.

Die dringend nötige Abkehr vom motorisierten Individualverkehr wird mit diesem profitorientierten und unterfinanzierten öffentlichen Nahverkehr nicht zu machen sein. Aber wie kann eine echte Alternative aussehen? Welche Rolle kann dabei das Konzept des kostenlosen ÖPNV spielen? Diese Fragen diskutieren wir im zweiten Teil des Artikels, der im nächsten ROBIN WOOD-Magazin erscheinen wird. Wer bis dahin schon mal nach Aktionsideen suchen will, dem empfehlen wir:

ticketteilen.org

schwarzstrafen.de.vu/

Die Quellen und weitere Hintergrundinfos zu diesem Artikel finden sich unter: robinwood.de/berlin



Helge Groß und Alexander Valerius
Regionalgruppe Berlin



DB-Vorstandsmitglieder Pofalla, Grube und Kefer betreiben Kahlschlag bei der Bahn

Mobilität für Alle auf der Schiene

Editorial des 9. Alternativen Geschäftsberichts DB AG

Eine neue Privatisierungswelle schwappt auf die Verkehrsinfrastruktur zu. Bund und Länder verhandeln über eine Bundesfernstraßengesellschaft, die Bau und Betrieb von Autobahnen und Bundesstraßen zentralisieren und die Beteiligung privater Investoren ermöglichen soll. Wir finden: Das ist eine tolle Idee – unter der Bedingung, dass der zukünftige Chef der Deutschen Autobahn AG, nennen wir ihn Bob, Mehndorns Rezepte zur Schrumpfung der Eisenbahn nachkocht: Mehndorn strich den Interregio aus dem Netz. Also sperrt Bob als Erstes die Bundesstraßen. Mehndorn ließ Weichen und Nebengleise abbauen. Also streicht Bob jedes zweite Autobahnkreuz. Statt Bahnhöfen legt Bob Abfahrten, Raststätten und Parkplätze still. Schäden am Gleis ließ die DB AG nicht beheben, sondern brachte mit vielen Langsamfahrstellen Ruhe in den Schienenverkehr. Für Bob heißt das: Wo Schlaglöcher sind, gilt Tempo 30. Bröseln die Brücke, reduziert Tempo 60 das Verkehrsaufkommen. Geld gespart, Laster vom Pflaster! Schwierig wird für Bob, die Verwirrung und Vervielfachung der DB-Fahrpreise auf die Straße zu übertragen. Eine intelligente Maut?

Oder doch lieber eine Mautlotterie mit Flexi-, Schnupper- und Schnäppchenpreisen? Linke Spur für Premium-Kunden, rechte Spur für's preissensible Segment. Ach, und im ganz großen Stil steigt Bob natürlich in den Schienenverkehr ein und verjubelt dort die Profite aus der Maut. Ja, so gesehen wäre die Deutsche Autobahn AG eine prima Idee für weniger Straße und mehr Schiene.

Und nun im Ernst: Im Verkehrssektor stiegen die Treibhausgasemissionen im letzten abgeschlossenen Messjahr (2014) um 1,2 Prozent auf 161 Millionen Tonnen Kohlendioxid. Das ist ein Fünftel der nationalen Kohlendioxid-Emissionen. Verantwortlich dafür ist der wachsende Straßenverkehr.

Das Aktionsprogramm Klimaschutz der Bundesregierung zielt auf minus 40 Prozent der nationalen Kohlendioxid-Emissionen bis 2020 gegenüber 1990. Damals waren es 1.248 Millionen Tonnen Kohlendioxid, 2014 sind es noch 901 Tonnen. Trotz Industrie-Abbau im Osten gingen die Treibhausgasemissionen in 24 Jahren nur um ein Viertel zurück. Nun will die Bundesregierung in nur sechs

Jahren weitere 15 Prozent einsparen. Das geht nicht ohne weniger Straßen- und Flugverkehr sowie Verlagerung auf die Schiene. E-Mobilität ist auf der Schiene viel effizienter als auf der Straße. Leider ist der Mehndornsche Straßenkahlschlag nur geträumt. Einer klimagerechten Verkehrswende stünde die Deutsche Autobahn AG genauso im Weg wie eine auf Schienenabbau gepolte Deutsche Bahn AG. Sie würde einseitig Straßenbau fördern. Wird sie privatrechtlich mit dem Ziel möglichst hoher Rendite betrieben, ist ihr unmittelbares Interesse möglichst viel Auto- und Lkw-Verkehr. Doch das Rückgrat postfossiler Mobilität und einer fairen Grundversorgung mit Mobilität für Alle ist die Schiene.

Monika Lege, Verkehrsreferentin
ROBIN WOOD

Monika Lege und Bernhard Knierim haben für das Bündnis Bahn für Alle den 9. Alternativen Geschäftsbericht zur Bilanz der DB AG erstellt. Sie können die als Beilage zur taz erschienene Sonderzeitung kostenlos bei ROBIN WOOD bestellen: info@robinwood.de.



Foto: Neugebauerljib-collective

Teurer Ausbau der A 100 in Berlin: 3,2 Kilometer kosten 473 Millionen Euro

Nein zur Deutschen Autobahn AG

Verkehrspolitische Konsequenzen einer Bundesfernstraßengesellschaft

Erfordernisse der Mobilitätsplanung und -finanzierung

Zukunftsfähige Mobilitätsplanung fängt nicht mit dem Zählen von Autos an, sondern fragt zuerst: „Warum sind Menschen und ihre Sachen unterwegs?“ Nur selten reißen Menschen Kilometer um der Kilometer willen ab, sondern Mobilität ist meistens Mittel zum Zweck. Verkehr entsteht durch Zentralisierung von Schulen, Krankenhäusern, Erwerbs- und Einkaufsmöglichkeiten und kulturellen Angeboten. Verkehr entsteht durch die räumliche Trennung von Wohnen, Geld verdienen und Geld ausgeben.

Die zweite Frage ist „Wie kommen Menschen und ihre Sachen von A nach B?“ Zu Lande, zu Wasser oder in der Luft? Zu Fuß, per Fahrrad, im Auto? Individuell, geteilt oder öffentlich? Kombiniert? Nur eine integrierte Erfassung der Verkehrsmittelnutzung kann den Ist-Zustand ermitteln. Ist der Ist-Zustand für alle bezahlbar, wird er dem Klima- und Umweltschutz gerecht? Der zukünftige Bedarf schreibt nicht nur den Ist-Zustand

fort, sondern berücksichtigt soziale und ökologische Zielsetzungen. Verkehrswachstum ist per se kein positives Ziel – genau so wenig wie Müllwachstum. Die nationalen Klimaschutzziele werden auch für den Verkehrssektor bindend.

Wie läuft es bisher? – Der BVWP

Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) ist eines der irrationalsten Politikfelder überhaupt. Um einen Kollegen von der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft zu zitieren: „Wir alle wissen doch, wie das läuft: Bürgermeister A sitzt bei Staatssekretär B auf dem Sofa und heult.“ Echte Kerle heulen natürlich nicht, sondern die Länder melden beim Bund einen Bedarf an. Bedarf wird so ermittelt: Das aktuelle Verkehrsaufkommen wird gezählt. Der Ist-Zustand wird um einen Wachstumsfaktor in die Zukunft hochgerechnet. Das ist dann die Prognose, die den zukünftigen Bedarf begründet. Ein Beispiel: 2010 prognostizierte das Bundesverkehrsministerium ein Wachstum des Straßengüterverkehrs um 80 Prozent bis 2025. Eine Straße, auf der

2010 durchschnittlich 100 Laster pro Stunde durchbrummen, bedarf demnach eines Ausbaus, damit 2025 dort 180 Laster pro Stunde langbrettern können. Das ist alles. Aus Prognose wird Bedarf, aus Bedarf wird Bedarfsgesetz und Gesetz ist Gesetz ist Beton.

Dazwischen liegt das politische Kräftemessen. Wer am besten baggert, poltert, heult, droht und feilscht, kriegt das größte Stück vom Investitionsetat. Hierfür drei Beispiele.

- Die Ortsumfahrung Oberau liegt im Wahlkreis von Bundesverkehrsminister Dobrindt, CSU. Am 1. September 2015 war Dobrindt beim ersten Spatenstich mit den örtlichen Honoratioren und Baulöwen. Die Ortsumfahrung ist 4,2 Kilometer lang. Davon werden drei Kilometer als Tunnel geführt. Sie kostet rund 200 Millionen Euro, also 47.000 Euro pro Meter.¹
- Für die Verlängerung der Stadtautobahn 100 in Berlin spendierte Dobrindts Vorgänger Ramsauer, CSU, nach der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus SPD und CDU 80 Millionen Euro als

Belohnung für ihre Große Koalition. 3,2 Kilometer im ersten Bauabschnitt kosten 473 Millionen Euro. Das sind 150.000 Euro pro Meter.

- Als Verkehrsprojekt Deutsche Einheit dürfen 64 Kilometer Autobahn 44 von Kassel nach Eisenach für 1,8 Milliarden Euro neu gebaut werden, obwohl der prognostizierte Bedarf nur noch ein Drittel des durchschnittlichen Verkehrsaufkommens auf deutschen Autobahnen beträgt. Das sind 30.000 Euro pro Meter. 2011 waren das noch die teuersten Autobahnkilometer Deutschlands.

Der letzte BVWP wurde 2003 von der damaligen rot-grünen Bundesregierung verabschiedet. Er ist in Fünfjahrespläne, die Investitionsrahmenpläne, untergliedert. Sie sind Grundlage für den Etat des Bundesverkehrsministeriums, dem größten Investitionsetat im Bundeshaushalt. Der neue BVWP 2015 bis 2030 mit rund 2000 Projekten geht im Frühjahr in die sechswöchige so genannte „Bürgerbeteiligung“.

Was ist geplant? – Die „Deutsche Autobahn AG“

Bisher sind die Länder im Auftrag des Bundes für Erhalt, Planung, Aus- und Neubau sowie Betrieb von Fernstraßen zuständig. Das Geld dafür erhalten sie vom Bund. Grundlage dafür ist der Artikel 104a des Grundgesetzes zur „Auftragsverwaltung“: „(2) Handeln die Länder im Auftrage des Bundes, trägt der Bund die sich daraus ergebenden Ausgaben“. Die Bundesfernstraßengesellschaft (BFG), von der FAZ treffend als „Deutsche Autobahn AG“ titulierte, soll im ersten Schritt Planung, Bau, Erhalt und Betrieb der Bundesfernstraßen beim Bund zentralisieren. Sie soll aber auch die Möglichkeit zur Schaffung eines Kapitalanlagensmodells enthalten.

Der Entwurf des Abschlussberichtes der Gabriel- oder Fratzscher-Kommissionⁱⁱ umreißt die Aufgaben der BFG wie folgt:

- „Sämtliche Kompetenzen im Bereich Straßeninfrastruktur in einer Hand bündeln und über Schnittstellen zu Staat und Bauwirtschaft sowie privaten Anlegern verfügen“

- „Nutzerfinanzierung konsequent umsetzen“, d.h. LKW- und PKW-Maut auf

Autobahnen und Bundesstraßen

- „Lange laufende Anlagemöglichkeiten für institutionelle Investoren schaffen“.

Staatsanleihen seien keine Alternative, um den Kapitalbedarf zu decken: „Private Anleger erwarten eine angemessene Rendite, die oberhalb der Verzinsung von deutschen Staatsanleihen liegen dürfte.“ Die Konstruktion ähnelt der Deutschen Bahn AG und ihrem gerade wieder verschobenen Versuch, über einen Teilverkauf von Schenker und Arriva privates Kapital ins Unternehmen zu holen. Auch Bahnchef Grube argumentiert, potenzielle Investoren würden für ihre Beteiligung an der bisher vollständig staatseigenen AG eine deutlich höhere Rendite erwarten, als wenn die DB AG nur durch Anleihen an privates Kapital käme. Aus Sicht unseres Bündnisses „Bahn für Alle“ liefert Grube damit das beste Argument gegen eine Beteiligung privater Kapitalgeber an der DB AG.

Auch für die zukünftige Vertretung der öffentlichen Auftraggeber in einer BFG lässt sich aus der Erfahrung mit der DB AG lernen. Das Sachziel – ein funktionierender inländischer Eisenbahnbetrieb – ist dem Gewinnziel einer privatrechtlichen AG nachgeordnet. Schulden wurden in gleicher Höhe wie bei Gründung neu aufgebaut. Ein großes Problem ist die Geheimhaltung von Unternehmensdaten.

Die Rechnungshöfe von Bund und Ländern haben bei 17 von 18 ÖPP-Projekten nachgewiesen, dass der wirtschaftliche Vorteil für das Gemeinwesen deutlich kleiner als vorhergesagt oder gar nicht nachweisbar warⁱⁱⁱ.

Warum lehnt ROBIN WOOD die geplante BFG ab?

Im Verkehrssektor stiegen die Treibhausgasemissionen 2014 um 1,2 % auf 161 Millionen Tonnen Kohlendioxid. Das ist ein Fünftel der nationalen Gesamt-Kohlendioxid-Emissionen. Verantwortlich dafür ist der zunehmende Straßenverkehr^{iv}. Das Aktionsprogramm Klimaschutz der Bundesumweltministerin Hendricks, SPD, vom November 2014 setzt als nationales Klimaschutzziel minus 40 Prozent der Kohlendioxid-Emissionen bis 2020 gegenüber 1990. Damals emittierte

Deutschland 1.248 Millionen Tonnen Kohlendioxid. 2014, dem jüngst abgeschlossenen letzten Messjahr, waren es 901 Tonnen Kohlendioxid. Trotz der Deindustrialisierung in den östlichen Bundesländern betrug der Rückgang in 24 Jahren nur 25 Prozent. Das Aktionsprogramm Klimaschutz setzt sich also zum Ziel, in sechs Jahren um weitere 15 Prozent zu reduzieren. Zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens soll im Dezember 2016 ein Nationaler Klimaschutzplan verabschiedet werden. Der Entwurf enthält einen integrierten Mobilitätsplan und die Sicherstellung der strategischen Umweltziele des noch nicht verabschiedeten BVWPs 2015 bis zu 30. Ein Finanzierungskonzept dazu fehlt noch, muss aber zur Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene und zur Verkehrsvermeidung anreizen.

Eine BFG stünde dem entgegen. Sie ist einseitig auf die Förderung des Straßenausbaus ausgerichtet. Wird sie privatrechtlich mit dem Ziel möglichst hoher Rendite betrieben, ist ihr unmittelbares Interesse möglichst viel Auto- und LKW-Verkehr. E-Mobilität ist am effizientesten auf der Schiene. Eine postfossile Verkehrswende wäre vom Tisch. Das Modell ermöglicht (noch) weniger Partizipation und demokratische Steuerung bei der Verkehrsplanung und -finanzierung als der Bundesverkehrswegeplan. Die Hereinnahme privater Anleger, für die die Übertragung an den Bund Voraussetzung ist, würde Gemeingut in Privatvermögen umwandeln.

Verkehrspolitisches Fazit: Die geplante Bundesfernstraßengesellschaft brächte mehr Verkehr auf die Straßen, aber keine bessere Mobilität für die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger.

Monika Lege ist ROBIN WOOD Referentin für Mobilität in Hamburg
verkehr@robinwood.de
Der vorliegende Text ist ihr Beitrag zum Fachtag vom 19.2.2016

ⁱ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-126717930.html>, 28.4.2014 und <http://www.br.de/nachrichten/oberbayern/inhalt/spatenstich-ortsumfahrung-oberau-100.html>

ⁱⁱ zit nach taz 1.3.2015

ⁱⁱⁱ Carl Waßmuth in Vorwärts 26.3.2013

^{iv} Gemeinsame Pressemitteilung BMU und Umweltbundesamt vom 3.2.2016



Foto: ROBIN WOOD

2003: Eine der vielen ROBIN WOOD-Aktionen gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Ein Dokument über 50 Jahre Protest ist jetzt im mainbook Verlag erschienen.

Frankfurter Flughafen

50 Jahre Protest

Gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens regt sich seit einem halben Jahrhundert Kritik, Protest und Widerstand. Er ist damit einer der traditionsreichsten Brennpunkte der westdeutschen Umweltbewegung. Nun liegt erstmals ein Buch vor, das den bemerkenswerten Versuch unternimmt, diese reiche und lange Geschichte als Ganzes abzubilden.

Der Sammelband beginnt chronologisch mit den kommunalen Protesten der 1960er und -70er Jahre, setzt einen ersten Schwerpunkt bei der Massenbewegung gegen die Startbahn West in den 1980ern, um dann über die kleineren Proteste der 1990er und 2000er auf die sich ab 2011 neu formierende Protestbewegung sprechen zu kommen. Ihrer Darstellung wird ein gutes Drittel des Buchs gewidmet. Dabei werden auch

die vielen Aktionen von ROBIN WOOD gewürdigt.

Die zahlreichen in dem Band vereinten Artikel stammen sämtlich von Aktiven der Bewegung gegen den Flughafen-ausbau, die engagiert und aus eigener Anschauung über den Konflikt berichten. Umfangreich ergänzt werden sie von einer großen Menge Fotografien aus fünf Jahrzehnten. So entwirft die Bewegung ein sehr umfassendes und facettenreiches Bild ihrer selbst, von dem eine große Faszination gerade auch auf die mit der Lokalgeschichte weniger vertrauten Leser*innen ausgeht.

Umfang und Qualität der einzelnen Textbeiträge sind dabei ganz unterschiedlich, die Spannweite reicht von komplexen Analysen über persönliche Erinnerungen bis zu manchmal etwas schlichten Anein-

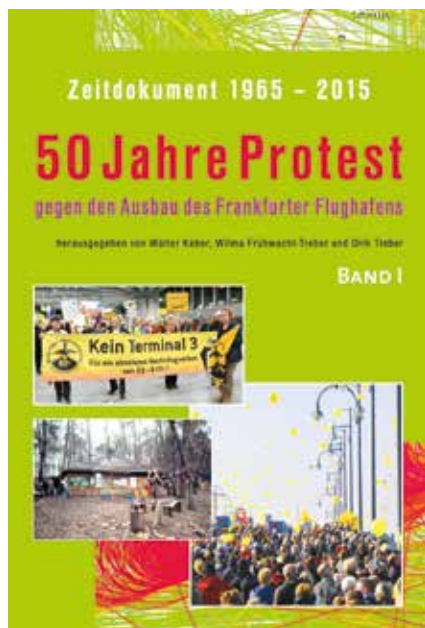
anderreichungen historischer Fakten. Der Eingangs von den Herausgeber*innen formulierte Anspruch, ein Denkmal für jene zu setzen, die teils seit Jahrzehnten mit viel Herzblut und Kontinuität gegen alle Widrigkeiten für den Umweltschutz stritten und streiten, ist löblich – hat mancheN aber auch zu etwas ausufernder Selbstdarstellung verführt.

Anders als der Titel vermuten lässt, haben die Herausgeber*innen nicht den Anspruch, die historische Bewegung gegen den Flughafenausbau in ihrer ganzen Breite und Vielfalt abzubilden. (Anders als es der in der letzten Ausgabe besprochene Sammelband zur Geschichte der Anti-AKW-Bewegung tut.) Vielmehr versteht sich das Buch als eine Geschichtsschreibung nur des explizit gewaltfreien Flügels der Bewegung. Das

ist schade, und es würde der Lese Freude auch keinen Abbruch tun, wenn man auf die inflationäre formelhafte Abgrenzung und einige äußerst heftige Angriffe gegen die im Buch fast komplett zum Schweigen verdammt militanteren Teile der Bewegung verzichtet hätte. Dass Wolf Wetzel in einem lesenswerten Beitrag einige Vorwürfe zurechtrücken darf, ändert nichts an dem schalen Eindruck, hier würde auf diskursiv abwesende Pappkameraden von vor drei Jahrzehnten eingepregelt. Eine echte Debattenkultur oder zumindest eine größere Bandbreite an Perspektiven fehlt an manchen Stellen schmerzlich.

Dennoch bleibt es ein nicht zu unterschätzender Verdienst, einer so traditionsreichen Bewegung den Rahmen gegeben zu haben, ein halbes Jahrhundert ihrer Geschichte darzustellen. Trotz der genannten Einschränkungen lohnt sich der Griff zum Buch für alle, die an den Wurzeln eigener Kämpfe und der Geschichte der deutschen Umweltbewegung interessiert sind.

Alexander Valerius
ROBIN WOOD, Berlin



Walter Keber, Wilma Frühwacht-Treber und Dirk Treber (Hrsg.)
50 Jahre Protest gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Zeitdokument 1965-2015. Band 1
mainbook Verlag 2015, 24,95 Euro

Projekt Atommüllreport

Das Projekt Atommüllreport engagiert sich mit den Zielen, Wissen zum Thema Atommüll zu sichern, Debatte zu fördern und Symposien zu veranstalten. Das Projekt gibt regelmäßig aktuelle Daten zum Stand des Umgangs mit dem Atommüll in Deutschland heraus. ROBIN WOOD ist seit etwa einem Jahr Mitglied im Trägerkreis Atommüllreport

Im Jahr 2013 ist eine 272-seitige „Bestandsaufnahme Atommüll“ entstanden. Sie umfasst die Daten der Anlagen in Deutschland, an denen Atommüll produziert oder gelagert wird sowie die Verbringung von Abfällen innerhalb Deutschlands und in andere Länder. Auf der Website www.atommuellreport.de werden diese Daten kontinuierlich aktualisiert und ergänzt. Das Fachportal möchte einen Beitrag zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung um einen verantwortbaren Umgang mit Atommüll leisten und langfristig das Wissen über den Atommüll über viele Jahrzehnte erhalten.

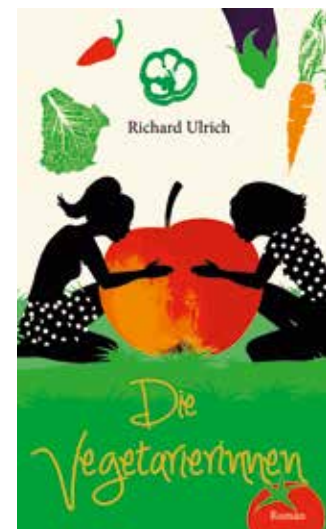


Die Bestandsaufnahme ist inklusive einer DIN A1 Karte für 10 Euro plus Porto unter info@atommuellreport.de erhältlich.

Retten die Frauen den Regenwald?

Die junge Lehrerin Lisa hat in einem Projekt zum Schutz der Artenvielfalt in Brasilien gearbeitet. Nach ihrer Rückkehr gründet sie mit der anderen Hauptfigur, ihrer langjährigen Freundin Sophie, eine Nachhaltigkeitsinitiative, die ihr Umfeld mit kreativen Aktionen von den Vorzügen einer fleischarmen Kost überzeugen möchte. Die Vegetarierinnen wollen zeigen, welche negative Folgen der hohe Fleischkonsum für Hunger und Armut, Regenwald und Klima, Vertreibung und Migration hat. Die Fakten und Zusammenhänge sind in eine interessante Beziehungsgeschichte eingebaut.

Der Roman will dazu ermutigen, sich gegen Fehlentwicklungen wie den staatlich subventionierten Ausbau der industriellen, exportorientierten Landwirtschaft mit den großen Tierleid produzierenden Megaställen zu engagieren.



Richard. Ulrich
Die Vegetarierinnen, Roman
BoD-Verlag 2015
316 Seiten, 10,90 Euro
E-Book 1,99 Euro
ISBN: 9 783739 282145

Ausgezeichnet: Die neue ROBIN WOOD-Plakatserie

Wo Natur verschwindet, verschwindet Leben

Die Posterreihe „Mensch versus Natur“ verdeutlicht mit beeindruckenden Bildern die Auswirkungen der menschengemachten Schäden an Umwelt und Tierwelt. Erhältlich sind drei Motive: Das Poster „Eisbär“ zeigt die Problematik der klimawandelbedingten Eisschmelze. Sie können dieses Motiv in dieser Magazinausgabe auf Seite 43 sehen. Das Poster „Affe“ thematisiert die Tropenwaldzerstörung. Das Poster „Hirsch“ offenbart die Auswüchse der Urwaldabholzungen. Für das Art

Directors Club-Festival 2016 wurden die für ROBIN WOOD konzipierten Motive aus über 7000 eingereichten Arbeiten unter die Top Ten gewählt.

Sie können die drei Motive als Fotodrucke im Format DIN A 2 (ca. 60 mal 42 cm) auf hochwertigem Recyclingpapier ab sofort im ROBIN WOOD-Shop für nur 2,50 € pro Poster bestellen: www.robinwood-shop.de



impressum

Nummer 129/2.16

ROBIN WOOD-Magazin

Zeitschrift für Umweltschutz
und Ökologie

Erscheinungsweise vierteljährlich

Redaktion:

Napatsorn Chaisaena, Sabine Genz, Angelika Krumm, Annette Littmeier, Christian Offer, Regine Richter, Dr. Christiane Weitzel (V.i.S.d.P.). Verantwortlich für Layout, Satz, Fotos und Anzeigen ist die Redaktion.

Verlag:

ROBIN WOOD-Magazin
Bundesgeschäftsstelle
Bremer Straße 3, 21073 Hamburg
Tel.: 040 380892-16, Fax: -14
magazin@robinwood.de

Jahresabonnement:

12,- Euro inkl. Versand. Der Bezug des Magazins ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. FörderInnen, die ab 50 € jährlich spenden, erhalten ein kostenloses Jahresabo. info@robinwood.de

Gesamtherstellung:

Nordbayerischer Kurier, Bogenoffsetdruck, Auflage: 8.000. Das ROBIN

WOOD-Magazin wird gedruckt mit mineralölfreien Farben auf 100% Recyclingpapier mit dem Blauen Engel.

Titelbild: Andy Wright, iLCP, supporting Sierra Club BC's No Tanker Campaign

Spendenkonto:

ROBIN WOOD e.V., Sozialbank Hannover
IBAN: DE 13 25120510 00084 555 00
BIC: BFS WDE 33 HAN



www.robinwood.de



Aktionswoche: Unsere Erde

Traditionell führt die Grundschule Gottfried-Keller-Straße in Norderstedt jährlich eine Projektwoche zu Themen der Nachhaltigkeit durch. Die Klasse 4b hatte sich als Schwerpunkt das Thema „Palmöl“ und die Problematik der Plantagen gewählt, weil den Kindern bekannt war, dass für den Anbau der Palmen der Regenwald weiträumig gerodet wird und so die Existenz der Orang-Utans bedroht ist.

Als Lehrkraft stand ich vor der Frage, wie ich die Kinder für das Thema sensibilisieren sollte, ohne ihnen das Gefühl zu geben, dieser Entwicklung hilflos gegenüber zu stehen. Als Lösung schien mir folgende Vorgehensweise geeignet:

- Die Kinder erfahren etwas über den Regenwald und dessen Bedeutung für unsere Erde.
- Sie werden anschließend mit der Problematik der Abholzung des Regenwaldes und deren Folgen konfrontiert.
- Zum Schluss werden Möglichkeiten erarbeitet, was jeder Einzelne tun kann.

Als Einstieg bot sich ein Unterrichtsgespräch zum Thema „Regenwald“ an. Anschließend erarbeiteten sich die Kinder mit dem Arbeitsbogen „Die drei Etagen des Regenwaldes“ Kenntnisse über diese Wälder. Dann schauten wir den Film „Das Tagebuch der Orang-Utans“. Darin werden der Lebensraum der Orang-Utans gezeigt sowie die Probleme thematisiert, die aufgrund der Umweltzerstörung für diese dem Menschen sehr ähnliche Affenart entstehen. Um den Kindern die Folgen für den Regenwald auf Borneo noch genauer vor Augen zu führen, erhielten die

Kinder im Anschluss einen Arbeitsbogen, der die Entwicklung des Regenwaldes auf dieser großen Insel von 1950 – 2010 dokumentiert.

Danach wurden von der Lehrkraft im Klassenraum Lebensmittel, Waschmittel, Hygieneartikel und Verpackungen ausgelegt. Die Kinder sollten zunächst erzählen, welche dieser Produkte ihnen bekannt wären und in welchen sie Palmöl vermuteten. Nun wurden die Verpackungen anhand der Zutaten- bzw. Inhaltsliste in Produkte mit und Produkte ohne Palmöl sortiert. Die Kinder waren sehr erstaunt über die Menge der Dinge mit Palmöl. Nach der Erarbeitung der Grundlagen überlegten die Kinder, wie man das Problem in der Umgebung (Familie, Freunde, Bekannte, beim Präsentationstag) publik machen und so einen Beitrag für den Erhalt des Regenwaldes in Indonesien und auf Borneo leisten kann.

In Zuge dieses von der Lehrkraft moderierten Gesprächs wurde die Vorgehensweise für die kommenden Tage erarbeitet. Die gebildeten Expertengruppen sollten für den Präsentationstag jeweils einen Schwerpunkt bearbeiten:

- Was wir haben! (Regenwald, Artenreichtum, eine schöne Umwelt etc.)
 - Was uns droht! (Monokulturen, Vernichtung von Tierarten, u. a. der Orang-Utans)
 - Was wir tun können! (palmölfreie Produkte kaufen, kein Bio-Sprit tanken, unser Umfeld informieren)
 - Eine Spiele-Gruppe bereitete kleine Spiele für den Präsentationstag vor: Angelspiel „Angele dir palmölfreie Produkte“, Dosenwerfen „Mach das Palmöl platt!“.
- Damit sollten Spenden für eine Umweltschutzorganisation generiert werden.

Am nächsten Tag arbeiteten die Kinder in ihren Expertengruppen. Plakate und Informationsmaterial wurden erstellt, um damit den Präsentationstag mit Leben zu füllen und die Öffentlichkeit zu informieren. Damit das Wissen nicht auf die Experten beschränkt blieb, haben sie die anderen Gruppen über ihr Thema informiert.

Kerzen werden häufig aus Palmöl hergestellt. Um darüber praxisorientiert zu informieren, wurde in der Klasse ein Kerzengießen aus alten Kerzenresten organisiert und die neuen Kerzen an die BesucherInnen des Präsentationstages verkauft. Die hübschen Kerzen fanden reißenden Absatz. Die Einnahmen wurden ebenfalls gespendet. Weiterhin stellten die Kinder Protestpostkarten her, die für eine geringe Schutzgebühr von 10 ct. an jene Firmen geschickt werden konnten, die für die Herstellung ihrer Produkte Palmöl verwenden.

Die Aktionswoche war ein voller Erfolg, denn nicht nur die Kinder waren beeindruckt, auch die Familien (so berichteten viele Eltern) wurden einbezogen und von einem veränderten palmölfreien Einkaufsverhalten überzeugt.

Christian Krämer, Klassenlehrer der 4b, Beauftragter für Energiesparen und Umweltschutz

... und regen andere an, selbst aktiv zu werden

Sehr kreativ haben die Kinder Alternativen zum Konsum von Palmöl erarbeitet ...



Foto: Christian Krämer





Foto: Jens Volle/ROBIN WOOD

ROBIN WOOD-Aktive protestierten im Februar 2015 in Stuttgart gegen die Pläne des Energieversorgers EnBW, riesige Mengen schwach belasteten Materials in den ganz normalen Wirtschaftskreislauf abzuschieben und so Entsorgungskosten zu sparen

Strahlender Abriss

Bei weltweit ca. 440 betriebenen AKWs werden allein in Europa bis zum Jahr 2030 über 160 AKWs abgeschaltet sein (1). Zurück bleibt eine atomare (Müll-) Erbschaft, die jahrelang von der Politik bagatellisiert wurde. Neben der Frage der Endlagerung steht der Umgang mit dem Abriss der stillgelegten Meiler im Vordergrund. Hierbei fallen neben stark strahlenden Materialien auch große Mengen Baumaterialien wie Stahl und Beton an, die geringfügig radioaktiv kontaminiert sind. Werden dabei bestimmte Grenzwerte unterschritten, dann sollen diese Materialien überwiegend in den normalen Wirtschaftskreislauf (Recycling) eingespeist werden. Auch eine geringfügige zusätzliche Strahlenbelastung bedeutet aber ein gesundheitliches Risiko.

In Ost- und Westdeutschland befinden sich 25 Atomkraftwerke in verschiedenen Phasen der Stilllegung. In den

nächsten Jahren kommen acht weitere Atommeiler hinzu. Darüber hinaus wurden oder werden in Deutschland mehr als 30 Forschungsreaktoren und über zehn Einrichtungen der nuklearen Ver- und Entsorgung stillgelegt. Für Deutschland sind offiziell ca. 29,6 Milliarden € an Gesamtkosten der Stilllegung prognostiziert – eine eher grobe Unterschätzung angesichts der tatsächlichen Kosten von ca. 1,5 Milliarden € alleine für den Rückbau des AKW Obrigheim (2).

AKW-Stilllegung: Das Ausmaß des Problems in Deutschland

Bisher ist es in das Belieben der Atomkraftwerksbetreiber gestellt, ob sie ihre Atomkraftwerke nach der Stilllegung sofort abreißen (d.h. innerhalb eines Zeitraumes von zwei bis drei Jahrzehnten) oder diese zunächst für einige Jahrzehnte „einschließen“ wollen,

um dann den Abriss mit Verzögerung von ca. 30 Jahren vorzunehmen – die Betreiber haben sich zuletzt durchweg für den sofortigen Abriss entschieden. Die Atomaufsichtsbehörden der Länder selber führen keine eigene Abwägung hierzu durch – Ausdruck der in Gesetz gegossenen Privilegierung der Atomindustrie.

Freigabe radioaktiven Materials

Die Radioaktivität ist in einem Atomkraftwerk sehr unterschiedlich verteilt. Nach Angaben der EnBW summieren sich in Neckarwestheim 1 die endlagerpflichtigen „aktivierten Massen“ wie der Reaktordruckbehälter und Teile des biologischen Schildes, aber auch Schleusen oder kontaminierte Rohrleitungen, auf ungefähr 3.100 Tonnen. Den größten Teil (etwa 99% des Gesamtabfalls) machen laut EnBW mit 327.500 Tonnen die sog. „kalten“ Ge-

bäudemassen aus. Dabei handelt es sich sowohl um unbelastete als auch um gering kontaminierte Materialien.

Das Erschreckende ist: Der überwiegende Teil der gering kontaminierten Atomkraftwerks-Abfälle soll nicht endgelagert, sondern, wenn bestimmte Grenzwerte unterschritten werden, auf Hausmülldeponien gelagert, in Verbrennungsanlagen verfeuert oder überwiegend uneingeschränkt als normale Reststoffe verwertet werden.

So könnte verstrahltes Material unerkannt und ohne unser Wissen in unserem Alltagsleben auftauchen. Es könnte uns beispielsweise in Kochtöpfen, Heizkörpern, Zahnsplangen, auf Kinderspielplätzen, im Straßenbelag oder auf Schotterwegen begegnen.

„Freigemessen“ bedeutet eben nicht, dass diese Stoffe „frei von Radioaktivität“ sind - man betrachtet diese Materialien lediglich nicht mehr als radioaktive Stoffe im Sinne des Atomgesetzes: Sie sind dann „frei von jeder öffentlichen Überwachung“ und ihr weiterer Verbleib kann später nicht mehr rückverfolgt werden. Die rechtliche Grundlage für eine solche „Freigabe“ ist § 29 der Strahlenschutzverordnung.

Das 10 µSv-Konzept

Die Freigabewerte der Abbruchmaterialien wurden mit dem Ziel einer Dosisbelastung von maximal 10 Mikrosievert (µSv) pro Einzelperson und pro Jahr festgelegt.

Für die staatlichen StrahlenschutzernInnen handelt es sich hierbei um eine unbedeutende zusätzliche Dosis. Sie verweisen dabei auf die natürliche Strahlenexposition, die in Deutschland ca. 2.400 µSv (2,4 mSv) im Jahr beträgt. Angesichts anderer Risiken und anderer Noxen, denen der Mensch in einer zivilisierten oder technisierten Gesellschaft ausgesetzt sei, komme es auf diese zusätzliche Strahlendosis von 10 µSv nicht an.

Bei dieser Argumentation wird suggeriert, Hintergrundstrahlung sei ungefährlich. Es ist allerdings durch zahlreiche epidemiologische Studien belegt, dass schon die Hintergrundstrahlung

nachweislich zu Gesundheitsschäden führt. Im „Ulmer Papier“ der IPPNW aus 2014 wurde eine Vielzahl aktueller Studien ausgewertet, die zeigen, dass jede radioaktive Strahlung zu einer Krebserkrankung führen kann. Eine Schwelle, unterhalb derer Strahlung ungefährlich wäre, existiert nicht. Das Argument, eine Strahlenbelastung bewege sich „nur“ im Dosisbereich der „natürlichen“ Hintergrundstrahlung und sei deshalb unbedenklich, ist also irreführend.

Dem 10 µSv-Konzept liegen 39 Jahre alte Risikoabschätzungen (ICRP 26/1977) zugrunde. Insgesamt müssen wir feststellen, dass allein in den offiziell zugänglichen Berechnungen das Strahlenrisiko etwa um den Faktor 12 unterschätzt wird. Ebenso haben wir auf weitere zahlreiche systematische Fehler in den zugänglichen Rechenmodellen hingewiesen und kritisiert, dass die Grundlagenstudie zur Vektormodellierung unter Verschluss gehalten wird. Auch verweigern die Betreiber Angaben zu den tatsächlich vorliegenden aktivierten Massen innerhalb des AKW in Form eines Gesamtkatasters „Radioaktivität“. Sie legen jeweils nur Schätzwerte vor – wir haben deshalb von einem „Blankoscheck“ für die Atomindustrie gesprochen.

Wenn wenige Menschen hohen Strahlendosen ausgesetzt sind, führt dies zu einer merkbaren Erhöhung von Krankheit und Sterblichkeit, da das Erkrankungsrisiko des Einzelnen stark ansteigt. Niedrige Strahlendosen erhöhen das individuelle Erkrankungsrisiko hingegen nur geringfügig. Wenn allerdings viele Menschen mit geringen Strahlendosen („Kollektivdosis-Konzept“) belastet werden, führt auch dies zu einer relevanten Erhöhung der absoluten Erkrankungszahlen.

Als Ergebnis warnt die IPPNW vor einer unkontrollierten Freigabe des gering-kontaminierten Atommölls nach dem 10 µSv-Konzept.

Gleichzeitig sehen wir gesundheitliche Gefahren durch die für das Freimessen notwendigen Dekontaminationsarbeiten. Neben den Zerlege-, Zerschneide- und Transportarbeiten müs-

sen für die Dekontamination zusätzliche Materialmengen (u.a. Wasser, Reinigungsmittel) in die Anlagen eingebracht werden, die dadurch selbst zu flüssigem Strahlenmüll werden, der wiederum als Sekundärabfall entsorgt werden muss.

Abriss oder Versiegelung

Die IPPNW schlägt daher die Prüfung einer „dritten“ Alternative zu den bisherigen Abrissmodellen vor: Nach der Entfernung der Brennelemente sollte auch die Bergung mindestens aller stark kontaminierter Materialien aus dem Kontrollbereich (Reaktordruckbehälter, Teile des Biologischen Schildes etc.) erfolgen.

Nach dieser „Entkernung“ sollte das AKW dann aber nicht mehr verzögert abgerissen, sondern dauerhaft „versiegelt“ werden - dies unter dem Vorbehalt, dass die geologischen Bedingungen am jeweiligen Standort eine entsprechende Standfestigkeit garantieren müssen. Wir wollen also geprüft sehen, ob ganz auf die Freigabe gering-kontaminierter Mölls verzichtet werden kann, indem die AKW-Restgebäude im Sinne einer Dauerlagerung am Standort verbleiben.

Insgesamt lautet unser ärztliches Rezept: Sofortiges Abschalten aller AKWs – nur so können wir den gesundheitlichen Gefahren der nuklearen Kette bis zum GAU präventiv begegnen.

Dr. med. Jörg Schmid
Ärzte zur Verhütung des Atom-
krieges e.V. (IPPNW), Arbeitskreis
Atomenergie
kontakt @ippnw.de

Vertiefende Informationen unter:
www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/IPPNW_Akzente_AKW_Abriss_2016.pdf
www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Ulmer_Expertentreffen_-_Gefahren_ionisierender_Strahlung.pdf
Wolfgang Neumann, Stilllegung der Atomkraftwerke, Intac Hannover, ROBIN WOOD Magazin Nr. 111/4.2011

Quellen:
1: Statista, 02/2016
2: LKZ, 24.02.2016



Foto: Antje Delater/pixelio.de

Klimaschutz oder lieber Datenschutz?

Eine ziemlich irregeleitete Debatte über Smartmeter

Während viele Industriezweige, nicht nur die Energieindustrie, echte Klimaschutzmaßnahmen eher zögerlich angehen und oft sogar durch massives Lobbying zu verhindern versuchen, benutzen sie das Klimathema immer wieder gern, um der Bevölkerung ansonsten unpopuläre Maßnahmen schmackhaft zu machen: Ob Regenwaldbewohner*innen für Eukalyptus-Kurzumtriebsplantagen vertrieben werden, ob Mieter*innen für energetische Sanierung Mieterhöhungen oder Wohnungsverlust hinnehmen müssen, ob Umweltzonen Abwrackprämie und Gentrifizierung fördern oder Atomkraft und Gentechnik eine Renaissance erleben sollen: Immer ist der Klimanutzen eher begrenzt, anderweitige ökologische oder soziale Kosten hingegen sind genauso sicher wie die neu erschlossenen Märkte und Profitchancen, die ohne Klimaaargument der Öffentlichkeit und Politik wahrscheinlich nur schwer zu verkaufen gewesen wären. Ist es bei Smartmetern genau so?

Was sind Smartmeter?

Smartmeter sind intelligente Stromzähler, die durch eine Datenleitung mit dem Stromanbieter bzw. Netzbetreiber verbunden sind, wobei die Daten in beide Richtungen fließen können. Hauptsächlich werden jedoch aktuelle Verbrauchsdaten kontinuierlich vom Stromzähler des Haushalts zum Anbieter übertragen. Außerdem erlauben Smartmeter eine Fernsteuerung des Stromzählers durch den Anbieter. Dies beinhaltet in der Regel auch das ferngesteuerte Abklemmen des Stroms, z.B. bei Zahlungsverzug: Hier geht es um den sogenannten "Kill Switch". Smartmeter sind in den USA, Japan, Australien, Neuseeland und auch in einigen europäischen Ländern seit Jahren im Einsatz. Auch in Deutschland wird wahrscheinlich in diesem Jahr eine verbindliche gesetzliche Grundlage geschaffen, um eine Variante von Smartmetern (intelligente Messsysteme genannt) flächendeckend einzuführen.

Warum sind Smartmeter problematisch?

Die kontinuierliche Übersendung von Verbrauchsdaten eines Privathaushaltes kommt einer Totalüberwachung gleich: Mit statistischen Methoden lässt sich anhand der Daten herausfinden, welche Geräte gerade laufen, wieviel Personen sich in der Wohnung aufhalten und was sie wann tun (z.B. fernsehen oder kochen). Diese riskanten Daten werden zentral in eine Datenbank des Anbieters geschrieben und können von diesem weitergehend für verschiedenartige Zwecke analysiert, verkauft oder sonstwie missbraucht werden. In der englischen Wikipedia lässt sich nachlesen, dass Smartmeter-Daten bereits von Strafverfolgungsbehörden ausgewertet wurden, um Marihuana-Pflanzen aufzufinden. Versicherungsvertreter haben Smartmeter-Daten angekauft, um herauszufinden, wann in einer Gegend die Bewohner*innen zu Hause sind.

Smartmeter können natürlich auch gehackt werden – entsprechend befähigte Personen können sich Einblick in die Verbrauchsdaten und damit Lebensgewohnheiten eines Privathaushalts verschaffen und diesem sogar ferngesteuert den Strom abstellen.

Aber auch ohne Hacking stellen die ferngesteuerten Stromabklemmungen ein Problem dar: Der Anbieter kann verschuldeten Haushalten bei Zahlungsverzug leichter den Strom abklemmen. Stundenweises Sperren lässt sich einfach realisieren. Fehlerhafte Stromabklemmungen aufgrund von Dateneingabefehlern können sogar lebensgefährlich sein, etwa für alte Menschen oder Menschen, die aufgrund von Krankheit oder Behinderung auf elektrische Geräte angewiesen sind.

Welchen Nutzen können Smartmeter haben?

1. Stromabrechnung:

Für den Anbieter entfällt das manuelle Stromablesen. Er bekommt die Zählerstände frei Haus geliefert und kann den Strom abstellen. Am wichtigsten jedoch: Der Stromanbieter kann komplexe Geschäftsmodelle umsetzen, so z.B. kurz- oder langfristig schwankende Strompreise und aufwändige Rabattsysteme.

Geht das auch anders? Ja: Ein intelligenter Stromzähler könnte vom Anbieter mit den Tarifdetails gefüttert werden. Der Stromzähler würde dann mithilfe der Verbrauchsdaten und den Tarifdetails die aktuell angefallenen Kosten vor Ort ausrechnen. Der Stromzähler könnte sogar für den Stromkonsumenten eine aktuelle Rechnung erstellen, ohne dass hierfür Verbrauchsdaten die Wohnung öfter verlassen müssen als bisher. Nur die Rechnungssumme, also der zu zahlende Geldbetrag, würde in regelmäßigen Abständen (z.B. jährlich) an den Anbieter übermittelt werden. Als Schutz gegen Missbrauch können die Stromzähler wie bisher plombiert werden.

2. Verbrauchsoptimierung:

Die Industrie wirbt damit, dass der Anbieter die übermittelten Verbrauchsdaten analysieren und den Kund*innen Energiesparvorschläge machen kann, z.B. die Anschaffung eines energieeffizienten Geräts. Die Kund*in spart Geld und das Klima freut sich.

Geht das auch anders? Ja: Firmen wie Energylens (energylens.com) bieten eine Analysesoftware für Privathaushalte an, bei denen die Verbrauchsdaten vor Ort erfasst und analysiert werden können: Ganz konkret erzeugt der Stromzähler eine Excel-Tabelle mit den Verbrauchsdaten, und die Stromkonsumentin füttert diese Datei dann in das genannte Programm von Energylens, welches auf dem privaten PC installiert ist. Die Stromkonsument*innen erhalten so eine Analyse ihrer Konsumgewohnheiten, ohne dass die Verbrauchsrohdaten jemals das Haus oder die Wohnung verlassen müssen.

3. Intelligentes Stromnetz (Smart Grid):

Wir können kollektiv Strom sparen und damit das Klima schonen, indem wir das jeweilige Stromangebot (idealerweise aus erneuerbaren Quellen) und den Stromverbrauch zeitlich aufeinander abstimmen. Das nennt man intelligentes Stromnetz (Smart Grid). In einer geldbasierten Ökonomie kann dies über Strompreise geschehen: Wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, schnellert der Preis in die Höhe: Die Konsument*innen reagieren darauf, indem sie die Waschmaschine auslassen, die Kühltruhe für ein paar Stunden abschalten, das Bügeln der Bettwäsche oder das Rasenmähen auf den nächsten Tag verschieben etc. Wenn dann der Wind wieder weht und die Sonne wieder scheint, geht der Strompreis in den Keller und die Stromkonsument*innen holen all diese stromintensiven Arbeiten zu geringen Kosten nach. All das lässt sich mit digitaler Technik sogar automatisieren, so dass z.B. die gefüllte Waschmaschine auf einen günstigen Zeitpunkt wartet und dann von selbst den Waschgang startet.

Das intelligente Stromnetz ist eine gute Sache, es passt zur Energiewende und reduziert den Bedarf an Stromspeichern, die teuer und ökologisch problematisch sind.

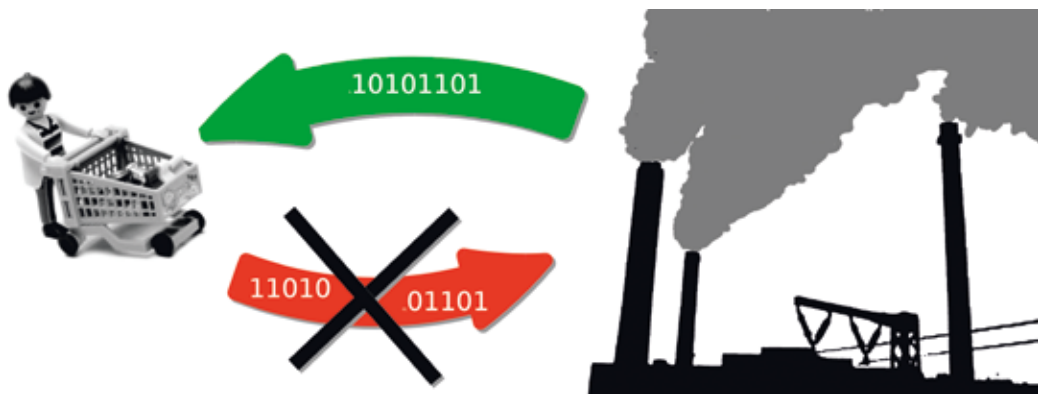
Geht das ohne Datenschutzproblem?

Ja: Für ein preisbasiertes System wie das Beschriebene reicht es aus, wenn der Anbieter den aktuellen Tarif an die Verbraucher*innen übermittelt! Die Verbraucher*innen (bzw. deren individuelle Rechner) entscheiden daraufhin, was sie mit dieser Information anfangen. Es ist nicht erforderlich, dass Verbrauchsrohdaten an den Anbieter gesendet werden. Der Anbieter erhält durch Zähler an wichtigen Netzknotenpunkten bzw. beim Kraftwerk weiterhin Informationen über die Netzauslastung.

Für keinen der Vorteile, mit denen für Smartmeter gemeinhin geworben wird, ist es nötig, dass in viel größerem Umfang als bisher Verbraucher*innendaten an die Anbieter*innen übermittelt werden. Die jährliche Übermittlung der angefallenen Energiekosten ist völlig ausreichend. Der Stromproduzent hingegen publiziert in hoher Frequenz Angebotsdaten, z.B. in Form von zeitabhängigen Tarifen. Der Datenfluss ist nicht von den Konsument*innen in Richtung Produzent*in, sondern umgekehrt vom Produzent*innen in Richtung Konsument*innen.

In diesem Modell stehen Klimaschutz und Datenschutz gar nicht im Konflikt: Die Konsument*innen analysieren und regeln ihren Verbrauch autonom mithilfe selbst ausgewählter digitaler Technik und ziehen hierzu öffentlich zugängliche Daten der Stromproduzent*innen zu Rate.

Diese Grafik veranschaulicht, worum es geht:



Das deutsche Modell

Für das Verständnis der Situation in Deutschland müssen wir uns zwei Bedingungen vor Augen führen: Zum Einen sind Smartmeter durch die schlechten Erfahrungen in anderen Ländern bezüglich des Datenschutzes bereits in Verruf geraten. Zweitens ist der Daten- und Verbraucher*innenschutz hierzulande institutionell recht gut etabliert, z.B. durch die unabhängigen Datenschutzbeauftragten und die Verbraucher*innenverbände. Schon zu Beginn der Diskussion um die Einführung von Smartmetern haben sich die Datenschutzbeauftragten sehr deutlich geäußert:

„In intelligenten Energienetzen – so viel ist sicher – werden Daten in großen Mengen verarbeitet werden müssen. Dabei wird es sich zu einem großen Teil um personenbezogene Daten handeln. Das Datengold der Energiewirtschaft besteht aus den viertelstündlich erhobenen Verbrauchswerten der Letztverbraucher. (...) Vor diesem Hintergrund hat die Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder ebenfalls im Jahr 2012 eine Orientierungshilfe zur datenschutzgerechten Konzeption von technischen Systemen für das Smart Metering herausgegeben, die auf der Website der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit veröffentlicht ist.“

Die Forderungen entsprechen im Wesentlichen dem, was bereits als gute Alternative zur permanenten Datenübermittlung genannt wurde. Danach sollte der Gesetzgeber zum Beispiel

- „die Verarbeitung und Nutzung der Smart Meter Daten nur soweit erlauben, wie es für die Energieversorgung, -verteilung und -abrechnung erforderlich ist,
- Ableseintervalle für Verbrauchsdaten vorgeben, aus denen keine Rückschlüsse auf das Verhalten der Nutzer gezogen werden können,
- regeln, dass Smart Meter Daten möglichst nur anonymisiert, pseudonymisiert oder aggregiert übermittelt werden,
- die Möglichkeit vorsehen, dass zeitlich hoch aufgelöste Daten lokal beim Letztverbraucher abgerufen

werden können, ohne dass dieser auf eine externe Verarbeitung der Daten angewiesen ist.“

(Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Datenschutz und Smart Metering, Datenschutz kompakt, 7. 10. 2015)

Zu diskutieren wäre höchstens, ob im intelligenten Netz tatsächlich zum größten Teil personenbezogene Daten verarbeitet werden müssen – hierzu besteht kein sachlicher Grund!

Scheinargument Energiewende

Die Einführung von Smartmetern in Deutschland folgt einem bekannten Gesetzgebungsmuster: Zunächst werden Sachzwänge und daraus folgend Handlungsbedarf postuliert. Daraus folgend wird ein Gesetzentwurf erarbeitet. Der Entwurf zum „Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende“ hat bereits Kabinett und Bundestag passiert und soll noch in diesem Frühjahr beschlossen werden. Handlungsbedarf besteht, weil zahlreiche unterschiedliche gesetzliche Regelungen für Messsysteme (insbesondere digitale Stromzähler) bestehen, die nach einer Vereinheitlichung verlangen. Vor allem aber wurde auf europäischer Ebene Vorarbeit geleistet in Form der „dritten Binnenmarktrichtlinien Strom und Gas (Richtlinien 2009/72/EG und 2009/73/EG)“, welche – unter etwas unklaren Vorbedingungen – die europaweite Einführung von Smartmetern vorschreibt und damit eine entsprechende nationale Gesetzgebung erzwingt.

Um die Akzeptanz für den Ausbau der Smart Grids zu fördern, wird ein zentrales öffentliches Anliegen ins Spiel gebracht: die Energiewende. Aber erst nach genauem Studium des Gesetzestextes fällt auf, dass die für die Energiewende zentralen Schritte gar nicht genannt werden. Stattdessen regelt das Gesetz die weitere Liberalisierung des Energieversorgungsmarktes sowie neue Geschäftsmodelle für die Energiekonzerne.

Insbesondere gibt es keinerlei Aussagen über die Übermittlung von Informationen vom Energieanbieter oder Netzbetreiber zu den Stromkonsument*innen, sei es zum Zwecke der Fernsteuerung stromverbrauchender Geräte oder zur

Übermittlung von Stromangebot und variablem Tarif. Das Gesetz regelt ausschließlich die Datenübermittlung vom Kunden zum Energiekonzern. Es ist zu befürchten, dass die installierten Smartmeter gar nicht geeignet sein werden, zeitvariable Tarife vor Ort abgerechnen zu können, ohne dass Verbrauchsdaten das Haus verlassen. Dies bedeutet nichts anderes als die Festlegung auf eine technische Infrastruktur, bei der Datenschutz und Umweltschutz nicht vereinbar sind.

Neue Geschäftsmodelle

Das Gesetz sieht eine flächendeckende Installation digitaler Stromzähler vor, die mittels eines Smart-Meter-Gateways Daten an Netzbetreiber*innen und Energieanbieter*innen senden können. Den Betrieb dieser neuen Messsysteme und die Verarbeitung der anfallenden Daten können an spezialisierte Firmen ausgelagert werden. Diese Firmen erhalten dann den Zugriff auf die Nutzerdaten, das „Datengold“, von dem die Bundesdatenschutzbeauftragte schreibt, und werden versuchen, auf der Grundlage der Daten neue Dienstleistungen anzubieten: von der Beratung zum Stromsparen bis hin zu all den anderen Spielereien, die man mit zunehmend digitalisierten Wohnbereichen so anstellen kann. Zu erwarten ist auch die Weiterverwendung der Daten für andere Zwecke auf freiwilliger Basis der Kund*innen – ein Geschäftsbereich von nicht abzuschätzender Bedeutung.

Technisch soll es nämlich von nun an möglich sein, viertelstündlich Verbrauchsdaten an den Stromanbieter zu senden. Dies betrifft zunächst aber nur Großkunden, also Industriebetriebe. Die Verbrauchsdaten von Privathaushalten sollen hingegen zunächst jährlich übermittelt werden. Allerdings sieht das Gesetz vor, dass tarifabhängig auch andere Daten übermittelt werden können, falls dies für die Abrechnung erforderlich ist. Zwar muss der Stromanbieter in Zukunft einen „datensparsamen“ Tarif anbieten, bei dem die jährliche Abrechnung ausreicht, aber es ist nicht festgelegt, dass dieser datensparsame Tarif auch der günstigste Tarif ist. Es ist zu befürchten, dass gerade finanziell nicht gut aufgestellte Haushalte lieber ihre Daten preisgeben werden, als unnötig Geld für

Strom auszugeben. Datenschutz wird ein Privileg der Wohlhabenden. Abgesehen davon lässt sich eine Gesetzespassage leicht ändern, wenn die technischen Voraussetzungen für eine regelmäßige Übertragung von Verbrauchsdaten erst einmal geschaffen sind.

Was sind sinnvolle Forderungen?

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen fordert, dass der Einbau von Smartmetern auf freiwilliger Basis erfolgen muss. Diese Forderung ist zwar richtig, reicht aber sowohl aus sozialer wie ökologischer Sicht nicht aus: Denn auch bei einem freiwilligen Einbau digitaler Stromzähler kann durch spezielle Tarifangebote insbesondere auf finanzschwächere Haushalte Druck ausgeübt werden, digitalen Zählern und Datenübermittlung zuzustimmen. Außerdem eröffnen smarte Netze bei mittleren und großen gewerblichen Konsumenten die weitaus größeren Einsparpotentiale.

Wir müssen uns für eine radikal andere Struktur der intelligenten Netze einsetzen: Für ein intelligentes Netz, bei dem Daten von den Netzbetreiber*innen und Produzent*innen zu den Konsument*innen fließen anstatt umgekehrt. Ein Netz, in dem kleinste (Haushalte) und kleinere (nachbarschaftliche) Einheiten selbstbestimmt den Verbrauch managen und die Infrastrukturbetreiber hierzu die nötigen Daten bereitstellen.

Eine weitere essentielle Forderung betrifft das Verbot jeglicher Art von „Fernsteuerung“ und insbesondere den berüchtigten „Kill Switch“. Hier läge die Aufgabe eines dem Gemeinwohl verpflichteten Gesetzgebers: die Konzerne zu zwingen, ihre Verkehrsdaten zu veröffentlichen und die Interessen der Menschen zu schützen. Leider ist die aktuelle Diskussion von dieser Forderung weit entfernt.

Else, ROBIN WOOD RG Berlin
berlin@robinwood.de

Literatur:

https://en.wikipedia.org/wiki/Smart_meter

https://de.wikipedia.org/wiki/Intelligenter_Zähler

Entwurf eines Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende - Gesetzentwurf der Bundesregierung, September 2015, beschlossen vom Kabinett am 4.11.2015.

Entwurf eines Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende - Intelligente Messsysteme als wichtiger Baustein der Energiewende. Energiewende | Faktenblatt, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Datenschutz und Smart Metering, Datenschutz kompakt, Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, 7. Oktober 2015.

Smart Meter Einbau - Zwangsdigitalisierung durch die Kellertür - Stellungnahme des Verbraucherzentrale Bundesverbandes zum Entwurf eines Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende, 9.10.2015.

Digitalisieren die Messstellenbetreiber die Energiewende oder wendet die Digitalisierung die Energieversorgung? (Teil 2), www.derenergieblog.de, 21.10.2015.

BAYER

Was geht MICH denn BAYER an?



JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!



Bitte scannen



| | | |
|--------------------------------|-------------------------|----------------------|
| <input type="text"/> | <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| <small>Name</small> | <small>Vorname</small> | <small>Alter</small> |
| <input type="text"/> | <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| <small>Straße, Hausnr.</small> | <small>PLZ, Ort</small> | <input type="text"/> |
| <input type="text"/> | <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| <small>eMail</small> | <small>Telefon</small> | |

Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)
 Postfach 15 04 18
 D-40081 Düsseldorf
 Deutschland
info2@CBGnetwork.org
www.CBGnetwork.org

Erdgas, Fracking, Klimawandel

Auf der Weltklimakonferenz in Paris haben sich die Staats- und Regierungschefs darauf verständigt, die globale Klimaerwärmung auf 1,5 Grad Celsius begrenzen zu wollen. Was dieses Ziel für die Umsetzung der Energiewende in Deutschland bedeutet, zeigt Greenpeace in einer kürzlich veröffentlichten Studie: Noch vor 2035 müssten die CO₂-Emissionen im Energiesektor auf Null sinken. Das gilt auch für Erdgas. Dennoch hält die Bundesregierung nach wie vor an ihrem Gesetz zur Erlaubnis von Fracking fest. Und die EU-Kommission hat nur wenige Wochen nach dem Klimagipfel 217 Millionen Euro für den Ausbau der Gasinfrastruktur freigegeben. Wie das zusammenpasst? Eigentlich gar nicht.

Erdgas ist kein klimafreundlicher Ersatz für Kohle

Gerne wird Erdgas als klimafreundliche Alternative zu Kohle angeführt. Doch aus zwei Gründen geht die auf den ersten Blick plausibel scheinende Gleichung „Gas ist weniger klimaschädlich als Kohle“ nicht auf: Erstens gehen mit der Nutzung von Erdgas deutlich höhere Treibhausgasemissionen einher als zumeist behauptet. Zwar fallen beim Verbrennen von Gas deutlich weniger CO₂-Emissionen an als bei der Nutzung von Kohle oder Öl. Was jedoch in kaum einer Statistik berücksichtigt wird, sind die Methanemissionen, die bei Förderung und Transport von Erdgas anfallen. Erdgas besteht hauptsächlich aus Methan, einem Gas, das bis zu 36-mal klimaschädlicher ist als CO₂. Das bedeutet, dass bereits sehr geringe Mengen des Gases großen Schaden anrichten, wenn sie in die Atmosphäre entweichen.

Berechnungen von „Food and Water Watch“ zufolge hat Erdgas bereits dann eine schlechtere Klimabilanz als Kohle, wenn nur 2,8 Prozent des Gases unverbrannt in die Atmosphäre entweichen (verglichen wurde die Klimabilanz der Energieträger in einem Zeitraum von 20 Jahren). Genau das passierte in den vergangenen Monaten in großem Maßstab

in Kalifornien: Dort strömten riesige Mengen Methan aus einem unterirdischen Gasspeicher an die Oberfläche. Anfang Januar rief der US-Bundesstaat den Notstand aus, über 2000 Haushalte mussten evakuiert werden. Doch auch ohne derartige Unfälle liegen die Leckage-Raten bei der Gasförderung nach Schätzungen von „Food and Water Watch“ deutlich über der Marke von 2,8 Prozent. Dies gilt insbesondere für gefracktes Gas.

Schiefergasboom in den USA bringt nichts für den Klimaschutz

Doch Erdgas ist auch aus einem zweiten Grund nicht die klimafreundliche Alternative zur Kohlekraft: Denn mit der Verbreitung von Gas wird nicht nur die Kohle aus dem Energiemix verdrängt, sondern auch CO₂-freie Alternativen wie erneuerbare Energien. Auch eine weltweite Ausweitung der Gasnutzung infolge des Schiefergasbooms würde keine relevanten Klimaschutzeffekte nach sich ziehen – zu diesem Ergebnis kommt eine Studie aus dem Jahr 2014 (Titel: „Limited impact on decadal-scale climate change from increased use of natural gas“). Das widerspricht der oft geäußerten Annahme, dass die in den USA gesunkenen CO₂-Emissionen auf die verstärkte Nutzung von Erdgas im Energiemix zurückzuführen sind.

Einen empirischen Beleg dafür, dass es keine Lösung sein kann Kohle durch Gas zu ersetzen, liefert die Studie „Drivers of the US CO₂ emissions 1997–2013“. Darin wird gezeigt, dass die verstärkte Nutzung von Gas infolge des Schieferbooms nur einen vergleichsweise geringen Anteil am Rückgang der CO₂-Emissionen um 11 Prozent zwischen 2007 und 2013 in den USA hatte. Der wichtigste Grund für den Rückgang der Emissionen war die wirtschaftliche Rezession in Folge der Finanzkrise.

Unkonventionelle Vorkommen müssen im Boden bleiben

Wenn überhaupt noch eine Chance bestehen soll, den Klimawandel auf 2 oder gar 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, müssen 80 Prozent der bekannten globalen Reserven an fossilen Energieträgern unter der Erde bleiben. Das Erschließen zusätzlicher Gas-Vorkommen mithilfe von Fracking oder Offshore-Bohrungen in der Arktis laufen diesem Ziel zuwider.

Die weltweiten Vorkommen an technisch und wirtschaftlich förderbaren fossilen Energieträgern haben sich seit Beginn des Jahrtausends deutlich erhöht. So ist es seitdem technisch möglich, durch hydraulisches Aufbrechen von Gesteinen in Kombination mit horizontalen Bohrungen Öl- und Gasvorkommen aus Schiefergestein und anderen unkonventionellen Lagerstätten zu fördern.

In den USA hat ein Boom dieser „Fracking“-Technologie dazu geführt, dass das nordamerikanische Land zum

weltweit größten Produzenten von Öl und Gas aufsteigen konnte.

„Gas ist keine Lösung, sondern Teil des Problems.“

Aus Klimaschutzperspektive ist diese Entwicklung zweischneidig: Zwar führt der niedrige Ölpreis dazu, dass sich Investoren aus extrem teuren und klimaschädlichen Projekten wie der Förderung von Teersanden und zunehmend auch aus der Fracking-Industrie zurückziehen. Eine Garantie, dass diese Ressourcen auch dann im Boden bleiben, wenn der Ölpreis wieder steigt, gibt es jedoch nicht. Gleichzeitig verringert sich der Anreiz, Energie einzusparen oder in den Ausbau der erneuerbaren Energien zu investieren.

Erdgas: Mehr Konkurrent als Partner der Erneuerbaren

Wo Erdgas als klimafreundlicher Energieträger gepriesen wird, ist üblicherweise der Verweis auf die gute Kompatibilität mit erneuerbaren Energien nicht weit.

Foto: Thomas Max/pixelio.de

Das ist auch nicht falsch. Denn in der Tat sind moderne Gaskraftwerke besser dazu geeignet, die Schwankungen in der Erzeugung der erneuerbaren Energien aufzufangen als Kohlekraftwerke. Während Kohlekraftwerke darauf ausgelegt sind, eine gleichbleibende Menge Strom zu produzieren, können Gaskraftwerke relativ flexibel zugeschaltet werden, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint.

Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit. Denn Gas konkurriert bereits heute mit den erneuerbaren Energien um einen Platz im Energiemix der Zukunft. Dieser Kampf wird sowohl auf ökonomischem als auch auf politischem Parkett getragen. Zum einen verringern niedrige Energiepreise für fossile Brennstoffe die ökonomischen Anreize für den Ausbau der erneuerbaren Energien und das Einsparen von Energie. Zu diesem Ergebnis kommen verschiedene Studien. Auf politischem Parkett wird dieser Konkurrenzkampf auf EU-Ebene besonders deutlich: Trotz einer seit 2010 sinkenden Gasnachfrage in der EU soll die Gas-Infrastruktur in Form von Pipelines und LNG-Terminals

in den kommenden Jahren ausgebaut werden. Darüber soll auch verstärkt Fracking-Gas in die EU gelangen.

Öl- und Gaskonzerne sind keine Klimaschützer

Eine nicht unwesentliche Rolle spielen bei dieser Art von Entscheidungen die LobbyistInnen der Öl- und Gasindustrie in Brüssel, wie Recherchen des Guardian belegen. Im vergangenen Jahr trugen BP, Shell, Statoil, Total und Co. ihren Teil dazu bei, die Festlegung verbindlicher nationaler Ziele zum Ausbau der erneuerbaren Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz für die Zeit nach 2020 zu kippen. Subventionen für saubere Technologien seitens der EU wird es bereits ab 2017 kaum mehr geben.

Zeitgleich zu ihrer Kampagne gegen die erneuerbaren Energien unterwandern Konzerne wie Total, Wintershall und Shell derzeit massiv die Interessenverbände der erneuerbaren Branche, sowohl auf EU-Ebene als auch in Deutschland. Im Vorfeld der COP stilisierte sich die

Öl- und Gasindustrie zudem zum Wohltäter für das Klima. In einem Brief an die Generalsekretärin der UNFCCC, Christiana Figueres, drückten die sechs größten europäischen Öl- und Gaskonzerne ihre Sorge „über die Herausforderung – und die Bedrohung – durch den Klimawandel“ aus. Dass auch hier in Wahrheit Wasser gepredigt und Wein getrunken wird, zeigt eine Studie von Influence Map: Wenn es in der Vergangenheit um die Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Einführung eines CO₂-Preises ging, zeichneten sich führende Unternehmen der Branche nicht gerade durch große Unterstützung dieser Vorhaben aus. Verwunderlich ist das nicht. Denn wer mit Kohle, Öl und Gas Geld verdienen will, kann unmöglich gleichzeitig das Klima schützen.

Laura Weis ist Politik- und Sozialwissenschaftlerin. Sie ist im Rahmen des Berliner Eine-Welt-PromotorInnenprogramms bei PowerShift e.V. als Referentin für Klima- und Ressourcengerechtigkeit angestellt. Thematische Schwerpunkte ihrer Arbeit sind derzeit Kohle und Fracking.

ROBIN WOOD



Wo Natur verschwindet, verschwindet Leben.

Jetzt robinwood.de/Eisschmelze-stoppen

Der Himmel gehört Allen!

Noch mehr Flugverkehr

ist klimaschädlich für Alle!



Foto: dpa

Unterwürfigkeit und falsche Hoffnungen?

Falsche Hoffnungen

Zu der im letzten Magazin beiliegenden, an Minister Gabriel adressierten Unterschriftenliste und dem in der selben Sache wenig später versandten Brief an die SpenderInnen:

Der Brief an den Vorsitzenden der SPD mit der Bitte um „Verbindlichkeit beim Kohleausstieg“ setzt ein Vertrauen in die etablierte Politik und die Möglichkeit des Aufhaltens des Klimawandels durch Reform voraus. Es entsteht der Eindruck, die Politik müsse sich nur ein wenig ändern und das sei durch Appelle erreichbar.

Diese Grundannahme erscheint uns fragwürdig. Unter kapitalistischen Besitz- und Produktionsverhältnissen gehören soziale und ökologische Ziele nicht zu den Zwecken des Wirtschaftens. Ob solche Ansprüche von staatlichen Strukturen in einem ausreichenden Umfang durchgesetzt werden können, erscheint auch nach den Verhandlungen von Paris **zweifelhaft**.

Daher waren die meisten Beteiligten an der Robin Wood-Aktion in Königs Wusterhausen der Überzeugung, von bloßen Appellen an die etablierte Politik sei **kein Aufhalten des Klimawandels zu erwarten**. In unseren Augen ist **die einzig sinnvolle Handlungsoption**, den Kohleausstieg in die eigene Hand zu nehmen und durch konkrete Aktionen z.B. des zivilen Ungehorsams, Proteste und Widerstand zu formieren.

Das ist auch das Anliegen der globalen Climate-Justice-Bewegung und insbe-

sondere des Bündnisses Ende-Gelände!, dessen Fotos sehr zahlreich in den oben genannten RoWo-Materialien zu finden sind.

Das Kernanliegen von Ende Gelände! und unserer Aktion in Königs Wusterhausen scheint uns hier weit verfehlt und durch, an die große Politik adressierte Formulierungen wie „Der Erfolg des (Pariser) Abkommens hängt damit auch von Ihnen ab“ ins Absurde geführt. Wenn der Bundeswirtschaftsminister in Sachen Klimaschutz mit „Bitte nutzen Sie jetzt Ihre Stärken!“ angesprochen wird, grenzt das nicht nur an Unterwürfigkeit, sondern weckt völlig falsche Hoffnungen in die Gestaltungsmöglichkeiten und -willen der Herrschenden.

Wir setzen weiter auf die Stärke von uns und unseren UnterstützerInnen und verbleiben deshalb mit irritierten Grüßen Alex, Esche, Helge, Jochen, Sylvester, RG Berlin

Anmerkung zu Sache:

Protestbriefe sind eine legitime Form des Protestes. Sie erzielen nicht immer die erhoffte Wirkung, aber immer wieder. Protestbriefe haben dazu beigetragen, den Great Bear Rainforest zu schützen. Auch ein Protestbrief an Sigmar Gabriel war wirkungsvoll (siehe: aktueller Jahresbericht in dieser Ausgabe).

Die Erfahrungen zeigen nicht, dass es für Umweltschutz-Organisationen nur eine

„einzige sinnvolle Handlungsoption“ gibt, oder dass Protestbriefe an PolitikerInnen sinnlos sind. Selbst Widerstand ist selten die einzige Wahrheit. Auch wir haben große Zweifel, dass Umweltschutz in einem ausreichenden Umfang allein von staatlichen Strukturen durchgesetzt werden kann. Deshalb streiten wir uns ständig auch mit Konzernen. Umweltschutz ohne staatliche Strukturen ist aktuell aber keine Option. Ohne nationale und internationale Gesetze sind die Großkonzerne unkontrollierbar. Deshalb schreiben wir auch Protestbriefe an PolitikerInnen. An die Stärken zu appellieren, erschien uns sinnvoll, denn die Schwächen führen nicht zum Ziel.

Die Climate Justice Bewegung definiert sich in erster Linie über die Thematik, dass sozial benachteiligte Gruppen stärker von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, und nicht über eine einzige, „wahre“ Proteststrategie. Auch diese Bewegung greift auf verschiedene Strategien des Protestes zurück. So feierte die Bewegung es z.B. als Erfolg, dass Präsident Obama 2015 die Keystone XL Pipeline ablehnte, was auch mit dem Mittel der Petition erreicht wurde. Und auch Martin Weis, der Sprecher der Aktion „Ende Gelände“, sagte in einem Interview: „Wenn wir erfolgreich sein wollen, brauchen wir alle Taktiken, alle Mittel, die uns zur Verfügung stehen, Demos, Petitionen, kreative Aktionen“.

Die Magazin-Redaktion

Bewunderung und Respekt

Lieber Rudolf,
voller Bewunderung und Respekt habe ich Dein heute bei uns eingegangenes Schreiben gelesen! Es hat sich ja in den 27 Jahren, in denen Du als Waldreferent für Robin Wood tätig warst, sehr viel getan! Gemessen an einer so „kleinen“, aber nichtsdestotrotz schlagkräftigen Umweltorganisation, wurde in dieser Zeit viel bewegt. Der Erfolg blieb nicht aus!

Wir, Doris und ich, freuen uns mit Dir und sämtlichen Aktivisten sehr darüber, dass es nach zwei Jahrzehnten kämpferischen Einsatzes gelungen ist, den weltweit größten Regenwald außerhalb der Tropen, den **Great Bear Rainforest**, auf 85 Prozent (!) seiner Fläche vor dem Zugriff der industriellen Forstwirtschaft zu schützen.

Dieser großartige Erfolg kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dazu kann man Dir, lieber Rudolf, und Deinen Mitstreitern sowie allen beteiligten Umweltverbänden nur gratulieren! Du hast – nicht nur diesbezüglich – vortreffliches geleistet!

Nun gilt es mit dem erzielten Trumpf im Rücken auf diesem Pfad weiterzumachen und alle Anstrengungen auf den Schutz der letzten schwedischen Natur- bzw. Urwälder zu konzentrieren. Das ist keine leichte Aufgabe, wie Deinem Brief zu entnehmen ist, sondern ein steiniger Weg. Doch es gibt keine Alternative. **Der Kampf geht weiter. Und wir werden Robin Wood auch in Zukunft ideell und finanziell unterstützen.** Ich bin sicher, dass auch mit Jannis Pfendtnr, das Engagement für den globalen Waldschutz mit aller Kraft fortgesetzt wird.

Für heute viele Grüße - und Dir alles Gute! Bis zu einem der nächsten Robin Wood-Treffen,
Karl Josef Knoppik

Kampf um den Briefkasten

Zum Thema Papier und Holz“-Konsum: **Ich hatte mir ab und an die Mühe gemacht, die kostenlose Wochenend-Zeitung mit den vielen Werbebeilagen zu wiegen.** Wolfsburger Rundblick/hallo Wochen-



Der Kampf um den Briefkasten: Massenweise Wurfsendungen trotz eindeutiger Ablehnung!

ende z.B. Reklame 379 g, eigentliche Zeitung 66 g, macht pro Haushalt 445 Gramm Papier – und wer liest das schon??? Diese Art von Werbesystem nenne ich Ressourcen-Verschwendung. Leider können nicht alle Zeitungsaus-trägerInnen lesen, was auf meinem Briefkasten steht (siehe oben). **Auch persönliche Bitte nutzt wenig, da oft andere Menschen austragen.**

Danke für ihre interessanten Artikel und weiterhin viel Erfolg bei ihrer Arbeit, mit verbindlichem Gruß,

Helmut Lucas

Anmerkung zu Sache:

Die ermittelten Mengen der Werbebeilagen zeigen deutlich das Missverhältnis von Papiereinsatz und Information. Damit unsere Forderung, den Papierverbrauch in Deutschland zu halbieren, Realität wird, wollen wir zusammen mit PartnerInnen des Netzwerks „Papierwende“ neue Projekte, vielleicht sogar eine Kampagne durchführen. Damit das gelingt, brauchen wir Unterstützung von vielen Menschen wie Ihnen.

Angelika Krumm
Magazinredaktion und
Projektkoordinatorin Papier

Herr Lucas ist mit seinem selbst gestalteten Aufkleber auf seinem Briefkasten im Recht! Fordern Sie Ihr Recht beim Auftraggeber telefonisch oder schriftlich ein. Kontaktdaten finden

Sie im Impressum auf der Werbung. Aufkleber können Sie auch bei ROBIN WOOD bestellen: 040 380892-0 oder info@robinwood.de

Geist und Sinne schärfen

Liebe ROBIN WOODler!
Zum Osterfest wünsche ich Euch allen Erfolg, Gesundheit, die Kraft weiter zu wirken und für den Schutz unserer Wälder zu arbeiten. Eure letzte Ausgabe war wie immer informativ, gut recherchiert und aufrüttelnd! (Statt einer Flüstertüte bräuchte man eine Schiffskanone!).

Ich schlage vor, auch mal Mythologisches zu veröffentlichen: **die Wertschätzung der natürlichen Lebensformen in früheren Kulturen.** Z.B.: Aus dem altenglischen „Weald“, dem Wald, ist unsere „Welt“ entstanden. Auch Dichter und Schriftsteller, sogar Science Fiction-Autoren haben viel zu bieten, um den Geist und die Sinne für unsere natürliche Umwelt zu schärfen! Zunächst alles Gute und Aufschwung für alle Aktivitäten.

Herzlich Eure Irmgard Kirchner



Gerettet: Der Great Bear Rainforest ist der größte nordische Regenwald dieser Erde! 85 Prozent bleiben frei von jeglicher industrieller Forstwirtschaft. Es ist der Wald, durch den die Wale schwimmen. Wollen Sie mehr sehen? Der neue digitale Bildband für FörderInnen ist bald fertig:



Foto: Andy Wright, iLCP, supporting Sierra Club BC's No Tanker Campaign

„15 Jahre im neuen Jahrtausend“ hat mindestens 66 neue Seiten.
Sichern Sie sich eines der ersten Exemplare. Für Sie ist der digitale
Bildband kostenlos. Rufen Sie mich einfach an: 040 380892-16.

Ihre Christiane Weitzel



Umweltschutz lebt von guter Dokumentation
Bitte blättern Sie auf Seite 17.

gerettet!

Haben Sie Lust, mehr zu sehen?



Nächste Seite

www.robinwood.de



Foto: ROBIN WOOD

Jahresbericht 2015
ROBIN WOOD



Foto: ROBIN WOOD



Kohle kostet

Viele Aktionen mit viel Energie gegen Atomtransporte und Kohlestrom für Erneuerbare und mehr Klimaschutz organisiert.

Anfang des Jahres haben wir damit begonnen, unsere Mitmenschen mit Landkarten zu informieren: Atomtransporte in Deutschland! Allein im Hamburger Hafen waren 139 Atomtransporte unterwegs. Bürgermeister Olaf Scholz konnten wir unseren Protestbrief mit 4.000 Unterschriften überreichen. Im August startete die große Aufklärungstour durch Deutschland. Viele gute Aktionen. Zu viele, um sie hier aufzuzählen.

Beim Weltklimagipfel in Paris im Dezember haben alle Staaten zugestimmt, die globale Erwärmung auf

zwei Grad im Verhältnis zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn die fossilen Energieträger durch Erneuerbare Energien ersetzt werden. Dafür waren wir aktiv!

Deutschland baut rund 20 Prozent der weltweit geförderten Braunkohle ab und verursacht 36 Prozent der europäischen Kohlestrom-Emissionen (CO₂). Wir müssen Kohlestrom stark reduzieren, wenn wir uns und unsere Kinder vor der Klimakrise schützen wollen! Die Kohlelobby kämpft mit aller Macht gegen den Klimaschutz! Ihre Argumente sind schlecht, aber ihr Einfluss ist groß!

Lokal, national und international wächst die Bewegung gegen Kohle-

Wenn Sie Fragen und Anregungen haben, melden Sie sich bitte bei unserem Energiereferenten. Kontakt:

*Dr. Philip Bedall,
Tel.: 040-380 892-21
energie@robinwood.de
www.robinwood.de/energie*

strom. Wir wollen den Ausstieg aus der Kohle und wir wollen die Kohleindustrie für die Schäden in die Verantwortung nehmen, die sie verursacht. Denn wir wollen die Energiewende!

Kohle kann uns Kopf und Kragen kosten, Erneuerbare nicht! Deshalb haben wir uns 2015 so stark gegen Kohle engagiert und wollen noch mehr tun!



Foto: Nick Jaussi



Bahnsinn!

Nach der erfolgreichen Himmel-Kampagne kommt der nächste Bahnsinn.

Um unsere „Himmel-Kampagne“ zu unterstützen haben 4.251 Menschen unseren Motivationsbrief an Sigmar Gabriel unterschrieben. Am 27.2.2015 schrieb er uns zur Luftverkehrsteuer: „Eine Forderung nach deren Abschaffung werde ich nicht unterstützen, geschweige denn ihr zustimmen.“
Danke an Alle! Der Unsinn ist vom Tisch.

Nächstes Thema: Die Wiederauferstehung des Bahnsinns: Am 23.3. habe ich in der Eröffnungsrede zur 265. Montagsdemo in Stuttgart die neue Bahnbilanz kommentiert.

Nach der Börsenbahn von Mehdorn, die wir ierfolgreich verhindert hatten, versprach sein Nachfolger Rüdiger Grube: „Meine wichtigste Aufgabe ist es, das Brot- und Buttergeschäft der Bahn wieder in Ordnung zu bringen.“

Stattdessen ist er auf dem alten Expansionskurs weiter gefahren, hat Arriva für fast drei Milliarden Euro gekauft und mit der Bilanz 2014 die Schiene zum Nebenerwerbsbetrieb der DB AG erklärt.
Bei der Bilanzpressekonferenz 2015 in Berlin haben wir Butterstullen und den Alternativen Geschäftsbericht verteilt.
Dann wurden neue Privatisierungspläne bekannt: Mehdorn 2.0?
Der Bahnchef Rüdiger Grube will

*Wenn Sie Fragen dazu haben, melden Sie sich bitte bei Monika Lege, unserer Verkehrsreferentin, Tel.: 040-380 892-12 oder verkehr@robinwood.de.
Mehr Infos unter: www.robinwood.de/verkehr*

keine „Bahn für Alle“, sondern die Bahn gegen den Prellbock fahren! Viele verlieren, Wenige gewinnen ...
Unsere Antwort: Gute Protest-Aktionen! Wenn wir wie bisher nicht schwach werden, wird auch Herr Grube die „Bahn für Alle“ nicht gegen den Prellbock fahren.

Wir brauchen keine Privatisierung, sondern die Bahn für Alle und die Bahn für den Klimaschutz! Flexibilität, Sitzplätze, Nachtzüge und faire Preise! So fährt das.



Foto: ROBIN WOOD/Ute Bertrand



Erfolge und Feuer

Die Beweiskraft von Holzanalysen steigert den Erfolg unserer Aktionen!

Seit 2013 gilt das Holzhandels-sicherungsgesetz. Illegales Holz soll dadurch bei uns nicht mehr auf den Markt kommen. Doch Schlupflöcher gibt es noch reichlich. Das konnten wir mit unseren Testkäufen und Holzanalysen deutlich machen. Die Bundesregierung will nun diese Löcher stopfen.

Besonders viele Holzprodukte, deren legale Herkunft weder Anbieter noch Hersteller belegen konnten, haben wir bei dem internationalen Metro-Konzern und seinen Töchtern, Galeria Kaufhof und Real, gefunden:

Bei fast allen getesteten Produkten wurden Tropenhölzer von gefährdeten

Baumarten nachgewiesen. Mit unserer Aktion bei Galeria Kaufhof in Hamburg haben wir den Metro-Konzern an den Verhandlungstisch gebracht. Kaufhof meldete noch am selben Tag, dass alle von uns kritisierten Produkte aus dem Sortiment genommen würden.

Zäher war der Haushaltswaren-produzent Fackelmann: Erst nach mehreren unwiderlegbaren Holzanalysen räumte er ein, doch keine chinesischen, sondern afrikanische Tropenhölzer verarbeitet zu haben.

Die Produkte waren aus Sapeli und Sipo gefertigt – Hölzer von Bäumen, die auf der Roten Liste der gefährdeten Arten stehen und aus einer krisenreichen Region stammen, in der

Tina Lutz, Tropenwald-Referentin, tropenwald@robinwood.de oder per Telefon: 040-380 892-18. Mehr über Raubbau und Vertreibung sowie allgemeine Infos finden Sie auf: www.robinwood.de/tropenwald

laut Interpol zwischen 50 und 90 Prozent der Holzernten illegal geschlagen werden. Fackelmann hat angekündigt, künftig Buchenholz zu verwenden. Wir prüfen das!

In unsere Vorbereitungen zur Palmöl-Diesel-Kampagne platzte im November die Meldung von den schlimmsten Waldbränden in Indonesien seit 1997. Ursache: Brandrodungen für noch mehr Ölpalm-Pantagen! Wir bleiben dran!

Zivilgesellschaft?

Wenn Konzerne den Protest managen ...

Foto: Sabine Löwenthal

Verdeckte Propaganda

Konzerne betreiben zunehmend auch verdeckte Propaganda, um ihre Interessen gegen die Zivilgesellschaft durchzusetzen. Wir wollen diese Methoden aufdecken.

Kein Land ist für Lobbyisten in Europa so interessant wie Deutschland. Sie können z.B. von Konzernen zu Ministerien wechseln und Gesetze selbst schreiben.

Wo sich Protest regt, finanzieren sie „unabhängige Meinungen“ und gründen „Bürgerinitiativen“, um ihre Interessen in der Öffentlichkeit zu propagieren: „I love S21“ in Stuttgart, „Ja zu Fra“ in Frankfurt, „Pro Lausitzer Braunkohle“, „Bürger für Technik“ agieren für

die Atomindustrie, ... die Liste ist lang! Zusammen mit investigativen Journalisten, Lobbycontrol e.V. und Linke Medienakademie e.V. wollten wir das Wissen und die Erfahrungen der Umweltbewegung und vieler Bürgerinitiativen zusammenbringen.

Wir wollten 2015 einen Kongress organisieren, die Lobby-Methoden analysieren, Gegenmaßnahmen entwickeln und sie veröffentlichen, um unsere Zivilgesellschaft gegen die verdeckte Propaganda zu wappnen.

Das ist uns gelungen: Am 26.09.2015 fand der erste Kongress dieser Art in der Humboldt-Universität in Berlin statt: 170 Teilnehmende! Es folgten zahlreiche Medienberichte und Anfragen nach Vorträgen. Schon



*Daniel Häfner, ROBIN WOOD Cottbus
E-Mail: daniel.haefner@posteo.de
Mehr Infos auch bei unserer Pressesprecherin Ute Bertrand,
presse@robinwood.de
Tel.: 040-380 892-22*

2.000 Tagungsberichte wurden verschickt. Der vertiefende Tagungsband wird Ende Mai in Berlin vorgestellt.

Unsere Förderinnen und Förderer haben uns bei diesem neuen, ziemlich abstrakten Thema stark unterstützt! Das hat uns zusätzlich motiviert. Wir machen weiter!



Katja Schenkel, ROBIN WOOD Finanzen

Bilanz 2015: in Zahlen und Worten

Unsere Berechnungen und Darstellungen orientieren sich an den Standards von DZI und Transparency International Deutschland.

Das Jahr 2015 begann mit einem Schrecken:

Im Januar wurde klar, dass unsere Rücklagen nicht reichen würden, um das Frühjahr zu überbrücken! Was tun?

Kurz zuvor – zu Weihnachten – hatten einige Medien wieder besonders hart gegen NGOs polemisiert: Gemeinsinn sei gefährlich, Verwaltungskosten seien Verschwendung und FundraiserInnen dubiose Gestalten.

Wir haben auf unsere Förderinnen und Förderer vertraut und unser Problem offen kommuniziert. Das Ergebnis war grandios: Die Insolvenz war binnen vier Wochen abgewehrt. Mehr noch: 2015 konnten wir sogar mit einem leichten Plus abschließen!

Um nicht wieder in eine so schwierige Situation zu geraten, haben wir unseren Förderinnen und Förderern versprochen, unsere Organisation zu optimieren.

Um die Liquidität und die Koordination zu verbessern, haben wir beschlossen, unser Haus in Bremen zu verkaufen und die Büros aus Bremen und Hamburg unter einem Dach in Hamburg zu vereinen. Diese Projekte zur Reorganisation sind bereits (März 2016) umgesetzt.

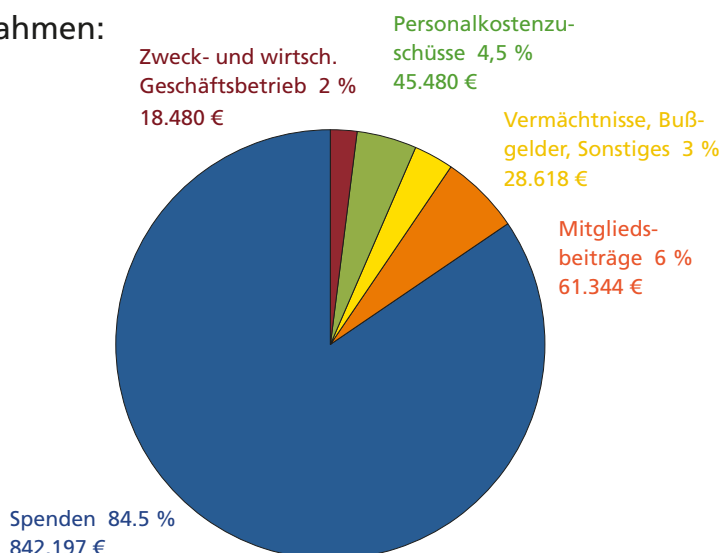
Ergebnis 2015

Das Geschäftsjahr 2015 konnten wir tatsächlich mit einem leichten Plus von 19.000 € abschließen.

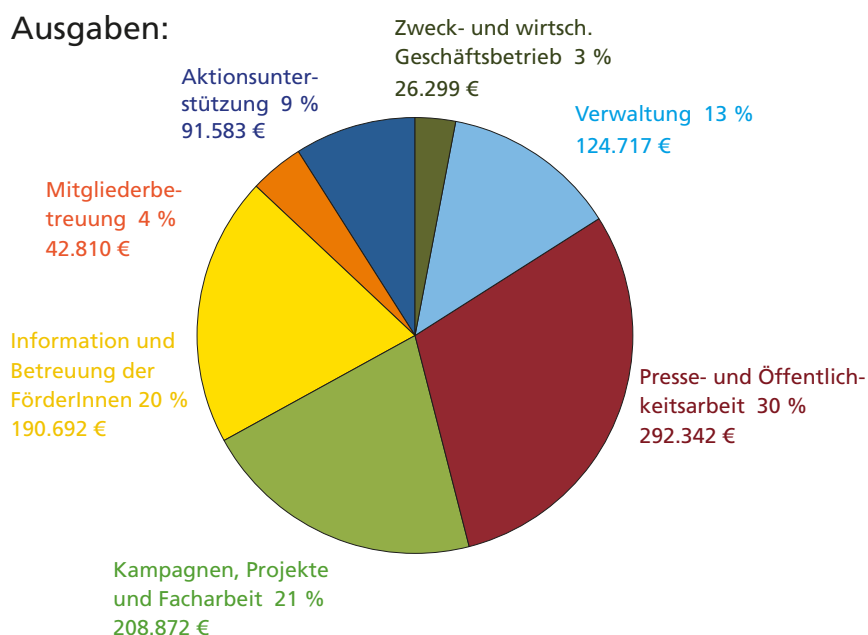
Im Vergleich zum Vorjahr sind die Einnahmen um 5,5% gestiegen. Dieses erfreuliche Ergebnis ist allein durch Spenden entstanden, also unseren Förderinnen und Förderern zu verdanken!

91 % unserer Arbeit haben SpenderInnen und Mitglieder finanziert. Wir bleiben also so unabhängig wie immer. Die restlichen 9 % setzen sich aus Ver-

Einnahmen:



Ausgaben:



Die Architektur unserer Ausgaben bzw. Investitionen hat sich aus den Erfahrungen vieler Jahre im Umweltschutz entwickelt. Trotz Überraschungen und dynamischer Entwicklungen ist sie relativ stabil. Die Grafik oben macht deutlich, wie entscheidend die Spenden unserer Förderinnen und Förderer sind!

mächtnissen, Personalkostenzuschüsse der Stadt Bremen und Einnahmen aus unserem „Zweck- und Geschäftsbetrieb“ zusammen. Die Ausgaben konnten wir um 2 % senken.

Wir sind bundesweit und international aktiv, aber eine relativ kleine Organisation. Fast alle MitarbeiterInnen sind deshalb in mehreren Bereichen aktiv. Interessant sind daher die Aufgabenbereiche. Die Darstellung der Ausgaben enthält alle Personal- und Sachkosten.

Aufklärung durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist eine zentrale Funktion im Umweltschutz. 30 % der Ausgaben entsprechen dieser Aufgabe. Neben den Personalkosten fallen hier die Entwicklung und Herstellung von Infomaterialien und des Magazins sowie Versandkosten ins Gewicht.

21 % unseres Budgets haben wir in die Facharbeit, in Projekte und Kampagnen investiert. Die Arbeit unserer Fachleute besteht aus Recherchen und dem Aufbereiten der Informationen für die Kommunikation, dem Initiieren und Pflegen von Kooperationen im In- und Ausland und dem Beantworten von Fragen, die von anderen Fachleuten, JournalistInnen und nicht zuletzt auch von Förderinnen und Förderern gestellt werden.

Für die Information und Betreuung unserer Förderinnen und Förderer haben wir 20 % des Budgets verwendet. Dazu gehören unsere regelmäßige Berichterstattung per Brief und per Newsletter, Korrespondenz über E-Mails und Briefe, individuelle Gespräche am Telefon und das jährliche Treffen mit FörderInnen, Ehrenamtlichen und Mitgliedern unseres Teams.

Die Verwaltungskosten konnten wir auf 13 % senken. Die größten Posten sind die Finanz-Administration, das Daten-Management inklusive Datenschutz und die EDV inklusive Hardware. Zu den Verwaltungskosten gehören auch die Personalverwal-

Gewinn- und Verlustrechnung

| | 2015 | 2014 |
|---|---------|---------|
| | € | € |
| I. Ideeller Bereich | | |
| ERTRÄGE | | |
| Mitgliedsbeiträge | 61.344 | 62.973 |
| Einzelspenden | 494.268 | 392.516 |
| Dauerspenden | 327.884 | 332.717 |
| zweckgebundene Spende | 20.000 | 20.000 |
| Sach- und Aufwandsspenden | 45 | 137 |
| Bußgelder | 360 | 450 |
| Personalkostenzuschüsse | 45.480 | 47.400 |
| sonst. Zuschüsse | 4.893 | 3.489 |
| Vermächtnisse und sonst. Erträge | 23.365 | 53.370 |
| Gesamterträge | 977.639 | 913.050 |
| AUFWENDUNGEN | | |
| Öffentlichkeitsarbeit, Layout, Druck, Aktionsmaterial | 137.964 | 141.496 |
| Reisekosten | 28.370 | 29.160 |
| Versand, EDV, Kommunikation, Büromaterial | 89.721 | 93.986 |
| Zuwendungen an Dritte/Kooperationen | 15.452 | 16.347 |
| Personal, Honorare, Aufwandsentsch. | 610.748 | 591.007 |
| Fortbildungen, Fachliteratur | 7.078 | 8.294 |
| Abschreibungen | 12.173 | 11.379 |
| Raumkosten | 25.910 | 30.573 |
| Rechts- und Beratungskosten, Versicherungen, Reparaturen, Sonstiges | 23.698 | 49.071 |
| Gesamtaufwendungen | 951.114 | 971.313 |
| II. Zweckbetrieb | | |
| ERTRÄGE | | |
| Erh. Honorare | 126 | 3.480 |
| Magazin: Abo und Verkauf | 3.557 | 4.504 |
| Infoverkauf, Ausstellungen, Weserabflussfahrten | 770 | 939 |
| Sonstige Erträge | 14,81 | 107,48 |
| Gesamterträge | 4.468 | 9.031 |
| AUFWENDUNGEN | | |
| Magazin | 18.458 | 19.673 |
| Infomaterial, Anzeigen, Ausstellungen, Weserabflussfahrten | 355 | 2.790 |
| Gesamtaufwendungen | 18.813 | 22.463 |
| III. Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb | | |
| ERTRÄGE | | |
| Waren- und Bücherverkauf 7% | 849 | 840 |
| Warenverkauf 19% | 4.416 | 5.424 |
| Anzeigen/Beilagen | 1.551 | 2.026 |
| Lizenzertträge | 2.011 | 3.465 |
| Provisionen | 2.113 | 2.293 |
| USt-Erstattungen | 740 | 7.495 |
| Sonstige Erträge | 576 | 621 |
| Gesamterträge | 12.256 | 22.164 |
| AUFWENDUNGEN | | |
| Magazin | 864 | 849 |
| Waren – und Büchereinkauf 7% | 3.359 | -1.603 |
| Wareneinkauf 19% | 3.264 | 4.121 |
| USt-Zahlungen | 0 | 0 |
| Gesamtaufwendungen | 7.487 | 3.368 |
| IV. Vermögensverwaltung | | |
| ERTRÄGE | | |
| Gewinnbeteiligungen und Zinserträge | 1.757 | 185 |
| Gesamterträge | 1.757 | 185 |
| AUFWENDUNGEN | | |
| lfd. Betr.ausgaben Floß | 0 | 0 |
| Gesamtaufwendungen | 0 | 0 |
| V. Vereinsergebnis | 18.706 | -52.713 |

tung, Reinigung und HausmeisterInnenendienste, Gebäude- und Mietkosten, Versicherungen und die interne Kommunikation unseres basisdemokratischen Vereins.

In **Aktionen** haben wir **9 %** investiert. Die Aktionen werden von insgesamt 50 bis 100 ehrenamtlich aktiven Mitgliedern durchgeführt. Wir unterstützen sie mit Fachkräften und Sachmitteln: Koordination, Fachinformationen, Fortbildungen zu eigenständiger Öffentlichkeitsarbeit, Aktionsmaterial, Transport und Kommunikationsmittel.

4 % haben wir für die **Mitgliederbetreuung** verwendet. Wir unterstützen die Eigeninitiative der Mitglieder bei regelmäßigen Treffen und Hilfestellungen bei allen Fragen zu selbständiger Organisation, Finanzen, Administration, etc.

3 % investierten wir in unseren **Zweck- und Geschäftsbetrieb**, in das Informationsmaterial, die Broschüren und die Waren unseres Online-Shops, die wir nicht „kostenlos“ verbreiten.

Sie haben Fragen oder Anregungen?
Rufen Sie uns an!

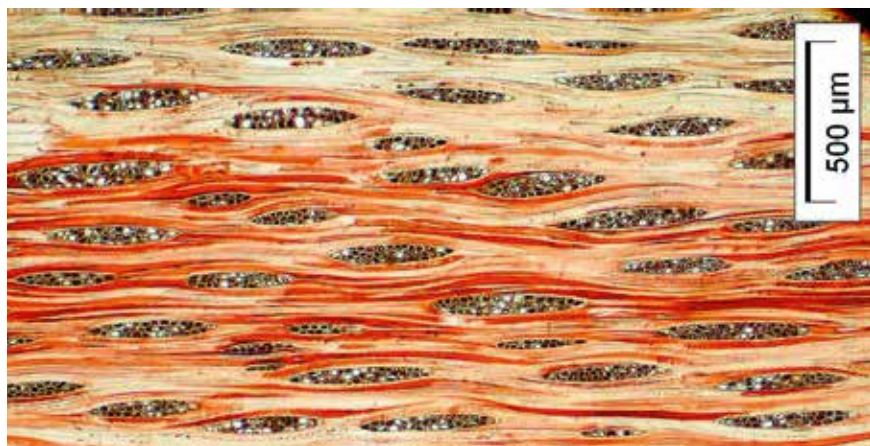
ACHTUNG! Wie eben beschrieben, haben wir uns neu organisiert: Die neue Bundesgeschäftsstelle und alle Fachreferate sind jetzt in Hamburg.

Für alle Fragen zu unseren Finanzen steht wie immer Katja Schenkel gerne zur Verfügung.

Ihre E-Mail-Adresse bleibt unverändert: katja.schenkel@robinwood.de. Aber die Telefonnummer ist neu: 040 380 892-17

Bilanz

| AKTIVA | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
|---|-------------------|-------------------|
| A. ANLAGEVERMÖGEN | 233.603,89 | 243.331,89 |
| I. Sachanlagen (Grundstück und Haus Geschäftsstelle Bremen sowie Betriebsausstattung) | 222.340,29 | 232.068,29 |
| II. Finanzanlagen | 11.263,60 | 11.263,60 |
| B. UMLAUFVERMÖGEN | 127.559,18 | 20.123,13 |
| I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 3.993,95 | 2.040,19 |
| II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten | 123.565,23 | 18.082,94 |
| Bilanzsumme | 361.163,07 | 263.455,02 |
| PASSIVA | 31.12.2015 | 31.12.2014 |
| A. EIGENKAPITAL | 271.163,07 | 252.457,13 |
| I. Variables Kapital | 252.457,13 | 305.170,23 |
| II. Vereinsergebnis | 18.705,94 | -52.713,10 |
| B. VERBINDLICHKEITEN | 90.000,00 | 10.997,89 |
| I. Vb gegenüber Kreditinstituten | 0,00 | 5.140,25 |
| II. Sonstige Verbindlichkeiten | 90.000,00 | 5.857,64 |
| Bilanzsumme | 361.163,07 | 263.455,02 |



Holzanalysen beweisen Raubbau. Der Jahresbericht beweist, wie entscheidend unsere Förderinnen und Förderer sind!

ROBIN WOOD

Bundesgeschäftsstelle
Bremer Straße 3
21073 Hamburg

Tel.: 040 380892-0
Fax: 040 380892-14
info@robinwood.de
www.robinwood.de

Spendenkonto:
Sozialbank Hannover
IBAN: DE 13 25120510 00084 555 00
BIC: BFS WDE 33 HAN